Univ. Bibliothek Bochum

Je Minute 1 t Bomben

13. 4. 1972

BSZ

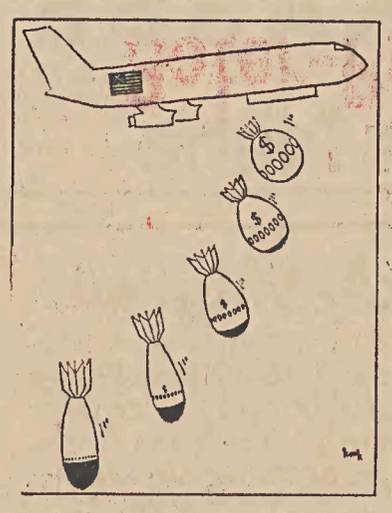
10 Pf Nr. 92

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

Der US-Imperialismus intensiviert Kriegsverbrechen in Vietnam, weil seine imperialistische Politik in Südostasien gescheitert ist, denn der Sieg der Revolution in Vietnam läßt sich nicht aufhalten: Um so aggressiver werden jetzt die Kriegsanstrengungen der US-Regierung und ihrer Lakaien in Saigon.

Auf persönliche Anordnung von Richard Nixon bombardieren achtstrahlige B-52-Fernbomber seit dem 10. April wieder die Demokratische Republik Vietnam und viele Teile in Süd-Vietnam.

Bis zu 250 Kilometer fliegen die Bomberfestungen, die in Guam und Thailand stationiert sind, ins



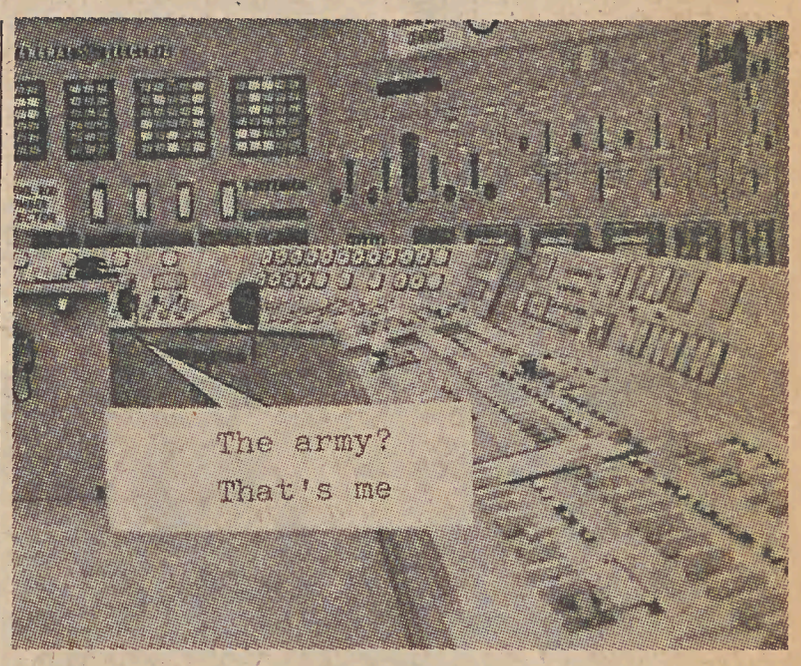
Landesinnere hinein und bringen Tod und Verderben über die nordvietnamesische Bevölkerung (bisher 1 Mill. getötete Zivilisten), wobei jede Maschine der US-Imperialisten 30 Tonnen Sprengstoff abwirft.

Vor der vietnamesischen Küste im Golf von Tonking kreuzt das stärkste Aufgebot der 7. US-Flotte, um Vietnam vom Wasser aus mit Granaten und Sperrfeuer zu belegen. In den USA stehen die Flugzeugträger Midway und Saratoga bereit, zum Kampfeinsatz nach Vietnam auszulaufen.

Damit das strategisch wichtige Gebiet für den US-Imperialismus nicht verlorengeht, ist die US-Regierung dabei, aus Japan zusätzliche Phantom-Kampfstaffeln nach Vietnam umzuverlegen. Skrupellos werden auch in Südvietnam Städte und Landschaftsstriche in Bombentrichter und fruchtbare Gegenden mit chemischen Kampfmitteln in tote Landschaften verwandelt. So wurde in den letzten Tagen zum Beispiel das Gebiet um die Provinzstadt An Loc (100 km nördlich von Saigon) von B-52-Fernbombern zerpflückt, um vorrückende Volksstreitkräfte abzukapseln. Zur Unterstützung des reaktionärkorrupten UShörigen Marionettenregimes Thieu, kündigte der Kriegsminister der USA Laird weitere Verstärkung der Luft- und Seestreitkräfte an.

Um den Mißerfolg der imperialistischen Politik der USA in Südostasien zu überspielen, werden jetzt um so intensiver die Kriegsmaschinen wieder in Gang gesetzt. Im amerikanischen Luftkrieg über Vietnam fiel bisher eine Bombenlast auf das kleine Land, die viermal so groß ist wie die im gesamten 2. Weltkrieg über dem pazifischen Kriegsschauplatz abgeworfene (6,1 Millionen Tonnen Bomben!).

Jede Minute eine Tonne: Bomben für Vietnam.



Ihre militärische und technische Effizienz bewiesen auch die automatischen Waffensysteme. Kleine Sprengkörper in Knopfgröße zu Hunderttausenden über weite Landstriche abgeworfen explodieren bei Berührung mit starker Geräuschentwicklung und ein kompliziertes elektrisches System löst automatisch die totale Vernichtung durch Artillerie, Bomber und Kampfhubschrauber aus. Das ist die kapitalistische Verwertung kybernetischer Regelkreise, das ist die Automatisierung der Schlachtfelder – und hier fällt es leicht, die Bodentruppen abzuziehen.

Tausende von Bauern schickt die herrschende wohlhabende Klasse Saigons in den Tod, um in der faulenden Sonne Amerikas weiterhin existieren zu können.

Das Mitleid mit den massenhaft unschuldig Ermordeten in Vietnam sollte niemals vergessen lassen, daß die Garantie für einen

Über Nordvietnam abgeschossener US-Pilot.

dauerhaften Frieden in Südostasien nur der endgültige Sieg über den US-Imperialismus ist.

In Vietnam geht der US-Imperialismus der größten Niederlage seiner Geschichte entgegen, denn der Sieg der Revolution des vietnamesischen Volkes läßt sich nicht aufhalten; es sei denn durch Atombomben.

Sieg im Volkskrieg!!

Klassenkämpfe international

In Mexiko . . .

In Monterry stürmten Mitte März schwerbewaffnete, von der Polizei als „regierungstreue Arbeiter" bezeichnete Männer ein Gewerkschaftshaus, das angeblich von Linksextremisten besetzt gewesen sein soll. **Sie richteten unter den Gewerkschaftlern ein Blutbad an, töteten drei und verletzten 32 schwer.** Die Polizei wurde erst tätig, als alles vorüber und das Haus „gesäubert" war; dann verhaftete sie einige der Angreifer, ließ sie aber bald wieder laufen. Jetzt soll eine „Untersuchungskommission" klären, warum sie nicht früher einschritt.

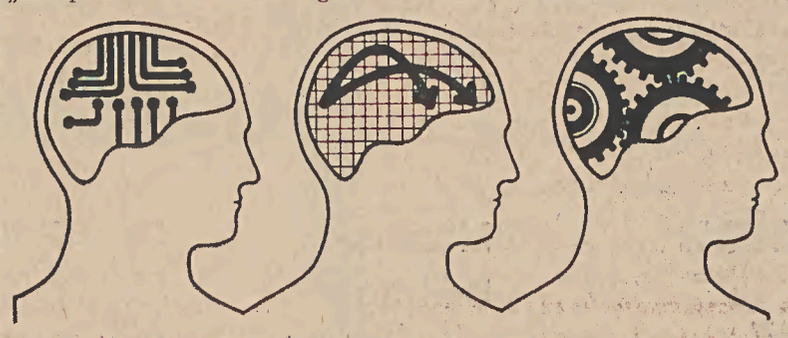
. . und Italien

Fünf Monate hat der Kampf der 23 000 Arbeiter bei Alfa Romeo gedauert, (in dieser Zeit kommen auf jeden Beschäftigten 130 Streikstunden) doch jetzt konnten sie mit der Firmenleitung des staatlichen Werkes einen neuen Vertrag abschließen. Es gelang ihnen nicht nur, **bedeutende Lohnerhöhungen durchzusetzen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erreichen,** sie konnten vor allem auch erreichen, daß die in Italien übliche Einstufung der Arbeiter in Kategorien bei Alfa Romeo teilweise abgeschafft wurde.

Hochschule der „Privatwirtschaft"

Das Betriebswirtschafts-Studium an deutschen Universitäten bekommt Konkurrenz. In Frankfurt studieren derzeit am „Europäischen Institut für Unternehmensführung GmbH" 28 Schüler im ersten Semester. Sie bezahlen für ein vierjähriges Studium von acht Semestern 12 400 DM. Unter dem Namen „European Business School" gibt es ähnliche Institute seit 1967 in Paris und seit 1969 in London.

Dr. Klaus Evard, Direktor des neuen Instituts, hat folgende Ziele: „Die European Business School schließt eine Lücke, die alle Universitäten bisher offenließen: Sie bildet qualifizierten, praxisreifen Führungsnachwuchs für multinationale Unternehmen aus."



Fachschaftsnachrichten
Seite 3

150 Jahre Unterdrückung in Griechenland
Seite 5

Revolutionäre Außenpolitik
Seite 6

Der Kampf der Nordiren
Seite 7

Roter Punkt im Knast
Seite 8

„Alternative"

Nach einem neuen Programm der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie werden Abiturienten vom Sommer dieses Jahres an die Chance haben, ohne Studium an einer Hochschule die Voraussetzungen für leitende Positionen zu erwerben. Es ist eine zweieinhalbjährige Ausbildung entwickelt worden, die in eine theoretische und eine praktische Phase eingeteilt ist. Die Teilnehmer praktizieren jeweils 1 bis 5 Monate in den wichtigsten Abteilungen der Mitgliedswerke der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie. Vor dem jeweiligen Praktikum liegt ein Vollzeitunterricht in der Fortbildungsstätte der Wirtschaftsvereinigung in Duisburg. Die neue Alternative zum Hochschulstudium soll zunächst 30 Abiturienten gegeben werden. Sie werden eine monatliche Vergütung von 500 DM im ersten Ausbildungsjahr, von 600 DM im zweiten und von 700 DM im im dritten Jahr erhalten.

Studio: AUS DER SCHATZTRUHE
15.30 18.00 20.30
13. 4. Polanski's **WENN KATELBACH KOMMT** – Erfolgswiederholung
20. 4. **FANFAN DER HUSAR**

Capitol: ACTION-AUSLESE
15.15 17.45 20.15
13. 4. Lee van Cleef als **SABATA**
Regie: Frank Kramer
20. 4. **DER WILDESTE WESTEN**
in Zeichentrick
Regie: Bruno Bozzetto

Hatz gegen Ausländer

Ausländische Arbeiter und Studenten in der Bundesrepublik sollen in Zukunft nach den Vorstellungen von Innenminister Genscher und seinen Verfassungsschützern aus dem politischen Leben ausgeschaltet werden. Dazu soll ein verändertes Ausländerrecht dienen, das den Ausländern in der BRD jede politische Tätigkeit verbietet, die im Widerspruch zu den Kapitalinteressen der westdeutschen Monopole und der Machthaber in Spanien, Portugal, Griechenland, der Türkei usw. steht. Dieser weitere Schritt zum Notstandsstaat ist langfristig vorbereitet. Das geplante Verfassungsschutzänderungsgesetz enthält bereits die wichtigsten Bestimmungen:

- **Verbot aller politischen Tätigkeit, die die „außenpolitischen Belange" der Bundesrepublik stören könnte,** polizeiliche Anmeldung aller Treffen und Versammlungen von Ausländern, auch solche in geschlossenen Räumen,
- **Möglichkeiten zum Verbot, die Herstellung demokratischer Zustände in den Heimatländern in Wort und Schrift in der BRD zu propagieren,**
- **verstärkter Gebrauch der Abschiebung und die Ausweitung der Kompetenzen für Verfassungsschutz und politische Polizei.**

Roter-Punkt-Prozeß

Freitag, 14. 4., 11.45
Amtsgericht Bochum
Zimmer 29

Obwohl die Demonstrationen über ein Jahr zurückliegen, laufen die Prozesse gegen Beteiligte immer noch . . . Am Freitag geht es gegen zwei sogenannte Rädelsführer. Übt Solidarität! Kommt zum Prozeß!

BOMBEN . . .
für die Freiheit des Westens
oder für die Freiheit der Ölgesellschaften?
Aber wo ist da der Unterschied?

Schon wieder

Der BAFöG-Ärger hört nicht auf

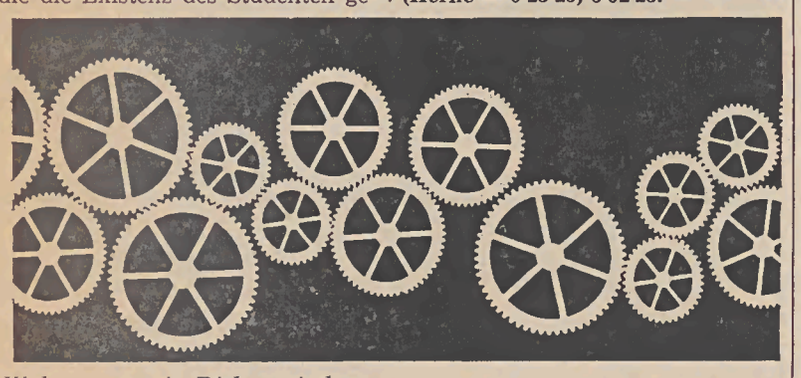
Im Akademischen Förderungswerk an der RUB scheint der Wurm zu sitzen. Denn wie soll man sich sonst die Tatsache erklären, daß neuerdings Studenten der RUB Verzögerungen bei der Zahlung der jeweils fälligen Studienbeihilfe hinnehmen müssen bzw. ihr Geld überhaupt nicht zu sehen bekommen?

Von den Leuten der Förderungsabteilung werden solche Vorfälle als „Verwaltungsfehler" deklariert, die natürlich nicht im hiesigen Büro sondern im Statistischen Landesamt in Düsseldorf gemacht worden sind. Der einzelne Student, dessen Bedürftigkeit amtlich (in Form des Bewilligungsbescheides) bestätigt worden ist, geht leer aus, denn von den Phrasen, die man in der Förderungsabteilung zu hören bekommt, kann er weder seinen Lebensunterhalt bestreiten noch seine Miete und seine Bücher bezahlen.

Bei Verwaltungsfehlern dieser Art handelt es sich nicht etwa um kleinere Versehen, wie es die Leute der Förderungsabteilung darzustellen versuchen, sondern um Fehler, die die Existenz des Studenten gefährden können. **Der einzige Weg, diese Misere zu beseitigen und unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen, besteht deshalb in einer Solidarisierung aller betroffenen Studenten, um notfalls den Weg über das Verwaltungsgericht beschreiten und das Geld einklagen zu können.**

Wir sind gezwungen, diesen Weg einzuschlagen, denn offensichtlich scheint es die Leute der Förderungsabteilung nicht zu stören, ob einige von uns auf der Parkbank schlafen oder nicht. Treffpunkt für alle betroffenen und solidarischen Studenten:

Montag, 17. 4., Bar. I, Zi. 2: Sozialberatung, Tel. Rainer Duhm, (Herne — 0 23 23) 6 02 23.



Wehe, wenn sie Dich erwischen.

SHB / SF - BOCHUM:

Stärkt die sozialistische Fraktion im SHB

Die Vorgänge im Bochumer SHB Ende des letzten Wintersemesters (Zurückziehen Renate Zimmermann-Eisel's aus dem AStA und darauf folgender Rücktritt E. Adameits) sind in der Öffentlichkeit fälschlicherweise als eine politische Spaltung interpretiert worden und mit der Fraktionierung des SHB auf Bundesebene in die sogenannte Spartakusfraktion und die SOZIALISTISCHE FRAKTION (SHB/SF) in Verbindung gebracht worden.

Nicht zuletzt schuld daran sind die zweideutigen Äußerungen der zurückgezogenen AStA-Mitglieder über eine Spaltung bzw. Abspaltung im Bochumer SHB. Der Bochumer SHB erklärt hierzu nachdrücklich, daß sich die Fraktionierung des SHB auf Bundesebene keineswegs im Bochumer SHB nachvollzogen hat und daß die Querelen im Bochumer SHB hiermit in keinem Zusammenhang stehen.

Vielmehr steht der gesamte Bochumer SHB nach wie vor klar zur **SOZIALISTISCHEN FRAKTION!** Er identifiziert sich mit ihrer Politik und ihrer ansatzweise (z. B. in den Diskus-Materialien I) entwickelten theoretischen Perspektive und Strategie. Der Bochumer SHB wird auch künftig die in der SOZIALISTISCHEN FRAKTION entstandenen Diskussionsansätze weiterentwickeln helfen und die Politik der SF mittragen.

Die selbsterklärte Desaktivierung und Abspaltung zweier SHB-Mitglieder (und damit praktisch Austritt) aus dem Bochumer SHB vor dem Studentenparlament ändern diese Tatsache in keiner Weise.

Zur Fortentwicklung der bereits erworbenen theoretischen Positionen wird der Bochumer SHB/SF im Sommersemester u.a. in einem Theorie-Seminar über das Lenin'sche Parteikonzept diskutieren.

Alle interessierten Kommilitonen sind zur Mitarbeit im SHB/SF aufgerufen.

Stärkt die Basis der SOZIALISTISCHEN FRAKTION:!

SHB-Sitzung: Dienstags, 18 Uhr, GC/7-31
Theorie-Seminar: 22./23. April

Beziehe Polstermöbel in Nebenarbeit
(Mache u. a. Kissen u. Matratzen)
K. H. Ramacher
463 Bochum-Linden
Dr.-C.-Otto-Straße 64

Spitfire, Triumph
Bj. 70, Cosmicfelgen etc., 30 000 km gelaufen, für 5500,– DM zu verkaufen.
Telefon: 26 94 (Uni-Telefon)

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

3x in Nähe der Uni
SPARKASSE
Querenburg, Im Westenfeld 22 Tel. 70 10 15
SPARKASSE
Universität, Buscheystraße 132 Tel. 70 16 74
SPARKASSE
Girondelle, Steinkuhlstraße 119 Tel. 7 39 72
- in Ihrer Nähe -

Neues AStA-Mitglied

Der SHB/SF hat Anton László Ostfalk (bisher im Fachschaftsrat Sozialwiss.) als neuen Fachschaftsreferenten Geisteswissenschaften in den AStA geschickt. Er wurde vom Studentenparlament gegen das Votum von R. Zimmermann-Eisel, Eva Adameit und RCDS-Stimmen bestätigt.

Er hatte schon immer die richtige Linie

Rektor Glosse:

‚Sportlicher Ausgleich'

Prof. Dr. Siegfried Grosse, neugewählter Rektor der Ruhr-Universität, hat den Stein der Weisen für die bundesdeutschen Universitäten gefunden. In einem Interview mit den Ruhr-Nachrichten äußerte er sich über die RUB im besonderen und die westdeutschen Hochschulen im allgemeinen.

So weiß er beispielsweise, daß Studenten, die „nicht aus einer akademischen Umgebung kommen", also deren Väter kein Hochschulstudium absolviert haben, besonderen „Leistungsehrgeiz" entwickeln und „eine ganz andere Einstellung zum Studium" mitbringen — was ganz verständlich ist, da ihre materielle Situation (BAFöG, fehlende Unterstützung aus dem Elternhaus) sie schon dazu zwingt, ihr Studium möglichst schnell abzuschließen.

Doch Grosse bedauert dies eigentlich, denn „daß ausschließlich gearbeitet wird" kommt ihm auch nicht ganz geheuer vor. Diese Studenten sollten sich einen Ausgleich suchen, doch nicht etwa den, zu versuchen, ihre beschissene Situation zu verändern — das wäre ja auch zu politisch — nein, ein „Gegengewicht" wäre „zum Beispiel sportlicher Ausgleich und kulturelle Anregung". Also, unterprivilegierte Studenten, hüpft und springt und geht auch mal ins Theater, aber denkt nur nicht an Klassenkampf!

Überhaupt ist diese ganze Unruhe sowieso nichts anderes „als ein Generationsproblem", und die ältere Generation, daß sind die Ordinarien, die sich während langer Herrschaftszeit, ja geradezu „ein Leben lang Gedanken über Forschung und Lehre gemacht haben", folglich dürfen sie auch nicht „in die Minderheit gedrängt werden". Dann brauchen wir auch kein Ordnungsrecht, allerdings, da Grosse das Strafgesetz nicht „für ausreichend" hält gegen „Meinungsterror" und ähnliche Generationskonflikte, ist „zumindest eine Fülle von Benutzungsordnungen für die Universität notwendig. Vielleicht aber ist doch wieder ein Ordnungsrecht notwendig, denn „hier ist allerdings auch die Frage, ob das mit der Benutzungsordnung allein zu schaffen ist".

Sorgen wir alle gemeinsam dafür, daß dieser Rektor seine reaktionären Vorstellungen an dieser Uni nicht durchsetzen kann!

FETE
in der alten Mensa
Mittwoch, 26. 4. 1972
mit den Gruppen
Bobbys Children Faithful Breath
Pentagon
Veranst. Fachsch. Philosophie

US VERKAUF
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
H. PETERMANN
Bochum - Kortumstraße 31
Telefon 66939

Studenten-Krankenversicherung?

Aufgrund satzungsmäßiger Bedingungen ist es für eine Aufnahme in die TK nicht erforderlich, daß Studenten z. B. beschäftigt sind. Studenten technischer Fachrichtungen können Mitglieder werden, weil sie studieren!

Für Studenten technischer Fachrichtungen

Monats-Beitrag **11,– DM*)**

Die TECHNIKER-KRANKENKASSE ist die größte rein berufsständisch orientierte Angestellten-Krankenkasse.

Über 600 000 Mitglieder.

Geschäftsstellen in allen großen Städten.

8000 ehrenamtliche Versichertenberater.

Günstige Beiträge — nicht nur während des Studiums, sondern auch später im Berufsleben.

Umfassender Versicherungsschutz.

TK-Mitgliedschaft befreit von der DSKV-Pflichtversicherung.

Informationsmaterial bei den TK-Geschäftsstellen oder beim AStA.

längst geregelt durch TK-Mitgliedschaft

*) für 2,– DM mehr ist die ganze Familie mitversichert.

Techniker-Krankenkasse
Geschäftsstelle Bochum, Wittener Str. 72
Telefon 300308/9

Fachschafts-nachrichten

Schon wieder einmal:

Schwindel und Intrigen

oder: Wie macht man reaktionäre Politik

Ein Kabinettstückchen ganz besonderer Art zur Veralberung „demokratischer", universitärer Gremien leisteten sich unlängst die Ordinarien des Instituts für Geologie (Abt. XIII).

Im WS 68/69 hatte besagtes Institut eine Kommission zur Ausarbeitung einer Dipl.-Prüfungs-Ordnung Geologie/Galäontologie gebildet. Diese Kommission war paritätisch besetzt (1/3 Stud., 1/3 Ass., 1/3 Habilitierte). Es gehörte ihr kein Ordinarius an, was für die Arbeit der Kommission von großem Nutzen war. So wurde eine Prüfungsordnung ausgearbeitet, die man mit vielem guten Willen „studentenfreundlich" nennen konnte. Nennen wir sie einmal die Prüfungsordnung A. Sie durchlief die Abteilungsinstanzen (Institutsversammlung, Fakultät) und landete am Ende in der UKL (Universitätskommission für Lehre).

Die chaotischen Verhältnisse auf universitärer Gremienebene im Jahre 70 und 71 sind bekannt und wurden hier nicht näher erläutert. In dieser Zeit blieben die Geologie-Ordinairen nicht untätig. Die DPO wurde eigenmächtig mehrmals in ihrem Sinne geändert und in Umlauf gebracht. Nennen wir es jetzt Prüfungsordnung B. Die Fassung A verschwand im Institut spurlos.

Am 3. 11. 1971 stimmte die UKL mit formalen Änderungswünschen der DPO A zu. Das UP verabschiedete diese Fassung (UP Drucksache III/8) am 5. 1. 1972. Die Zustimmung des Senats erfolgte am 20. 1. 72. **Normalerweise hätte nun der Rektor dem Kultusminister unverzüglich diese DPO A zur Genehmigung vorlegen müssen. Nicht so in diesem Fall. Der Rektor bat das geologische Institut um drei Exemplare der DPO, und der geschäftsführende Direktor dieser Abteilung übersandte ihm natürlich schleunigst drei Exemplare der DPO B, woraufhin der Rektor es ebenso natürlich vergaß, die DPO auf ihre Richtigkeit zu kontrollieren. So lag dem Minister die Ordinarien-DPO vor.**

Die **formalen** Änderungswünsche der UKL nahmen jetzt die Ordinarien der Geologen zum Anlaß in Zusammenhang mit der Fassung B eine DPO zu zimmern, die mit der ursprünglichen Fassung A allenfalls noch die Überschrift gemeinsam hatte. Dieses sollte dann auf der Fakultätssitzung vom 9. 2. 72 en bloc verabschiedet werden. Dieser ganze Schwindel fiel den Studenten der Abteilung erst am 8. 2. 72 auf.

Berücksichtigen wir, daß am 9. 2. die Rektorwahl und gleichzeitig die Wahlen des Dekans der Abteilung XIII stattfanden, so wird die Überrumpelungstaktik der Ordinarien klar.

Auf der Fakultätssitzung vom 9. 2. erklärte der geschäftsführende Rektor sehr nebensächlich, daß er **aus Versehen** die Fassung B dem Minister übersandt habe.

In der nun folgenden von den Studentenvertretern geforderte Grundsatzdebatte stellten sich die Ordinarien auf den Standpunkt, daß die DPO B als Diskussionsgrundlage für die von der UKL verlangten formalen Änderungen genommen werden müsse, **weil diese dem Minister vorläge. Gleichzeitig gaben sie aber zu, daß das nur versehentlich geschehen sei und daß keine einzige universitäre Instanz diese DPO bis jetzt behandelt habe.** Nach einer mit Geschäftsordnungstricks gespickten Debatte beschloß die Fakultät dann doch, die DPO B aus Düsseldorf zurückzuberufen.

Dieses ganze Durcheinander konnte bis jetzt vielleicht noch als Versehen seitens des geologischen Instituts erklärt werden. Aber es kommt noch besser:

Rektor und Universitätsparlamentspräsident Gralher gaben schriftliche Zusagen, daß man inzwischen das Mißverständnis geklärt habe und unverzüglich die richtige DPO (Fassung A) an den Minister gesandt habe. Außerdem sei „für die Zukunft ... dafür Sorge getragen, daß die vom Universitätsparlament verabschiedete Fassung der Promotionsordnungen (?) dem Minister vorgelegt werden." Wie schön!

Zu erwarten war jetzt nur noch die Antwort des Ministers, die dann auch prompt kam. Allerdings war es keine Bestätigung der DPO, sondern das Ministerium verlangte mit Schreiben vom 25. 2. 72 einige Änderungen.

Diese Änderungswünsche hatten nur einen kleinen Schönheitsfehler: Sie bezogen sich auf Paragraphen und Absätze, **die in der DPO A gar nicht existieren, aber samt und sonders in der Fassung B.** Von zwei Fassungen war im Schreiben überhaupt nicht die Rede, geschweige dann von der richtigen.

Überflüssig zu erwähnen, daß die Studentenvertreter das Schreiben des Ministeriums von dritter Seite erhielten und nicht vom geschäftsführenden Direktor, der darüberhinaus höchst unwillig reagierte, als man ihn darauf ansprach.

Die Studenten werden die Machenschaften seitens der Reaktionäre, deren Auswirkungen noch nicht endgültig geklärt sind, nicht so einfach hinnehmen, **sondern sich dagegen zu wehren wissen.**

Schaffe, schaffe

. . . und nur nicht erholen

Am 24. 3. verschickte Kanzler Seel an alle möglichen Stellen der Uni ein Rundschreiben, in dem aufgefordert wird, Matratzen und Polstermöbel aus den Räumen der Universität zu entfernen, da sie eine „akute Brandgefahr" darstellen sollen. Dies soll Ergebnis einer von der Feuerwehr der Stadt Bochum angestellten Untersuchung sein.

Wie jedoch Nachforschungen bei der zuständigen Stelle der Bochumer Feuerwehr ergaben, beziehen sich deren Bedenken bezüglich der „Matratzenlager" nur auf solche Matratzen und Polstermöbel, die **direkt** auf dem Boden liegen. Das bedeutet, daß normale Polstermöbel nicht unter diese Reglung fallen.

Nun könnte man meinen, die Sache würde sich in den meisten Fällen von selbst erledigen, zumal Herr Seel auch schrieb, er würde den Sinn und Zweck solcher Räume (gem. sind die obigen Räume), kennen, müsse aber die feuerpolizeilichen Bestimmungen einhalten. Ja man könnte meinen, es sei ein bedauerliches Versehen der Verwaltung, resultierend aus einem ungenauen Schriftwechsel mit der Feuerwehr.

Dies ist ein schwerer Fehlschluß. Denn z. B. wurden auch die Putzfrauen aufgefordert, die Tische und Stühle, die sie in ihre Nischen gestellt haben und die meist aus Unibestand sind, dort zu entfernen. Und diese Möbel stellen nun wahrscheinlich keine „akute Brandgefahr" dar, vielmehr dienen sie zur Erholung.

Hier versucht man mit unsauberen Mitteln, jede Möglichkeit, sich innerhalb der Uni von der Arbeit zu erholen, zu liquidieren. **Es soll wohl niemand auch nur auf den Gedanken kommen, in der Uni etwas anderes zu tun als zu arbeiten.** Denn die Univerwaltung hat ja auch wohl nicht die Intention gehabt, daß sich jemand in eines der „Kommunikationszentren" setzt, die in den Stauräumen der G-Gebäude wie Pilze aus dem Boden schießen ...

Es kommt darauf an, die Univerwaltung an der Ausführung ihres perversen Unternehmens zu hindern, nämlich die Möbel abzutransportieren. Solidarisiert Euch gegen die verbiesterten Kalkköpfe in der Verwaltung. F. H.

Hetze gegen Prof. Kesting?

Läuft eine neue Hetze gegen den international bekannten Bochumer Soziologen H. Kesting (Bolschewismus ist Soziologie des Ostens, Bochum 1972) an?

Wie der Nachrichtendienst der BSZ meldet, werfen ultralinksradikale Studenten dem Professor vor, er habe vor Ostern Diplomkandidaten „besoffen" geprüft und dabei angeblich erklärt, die Konflikttheorie sei in der Soziologie mit der Luftschlacht über England neu aufgekommen.

Die Vorwürfe werden noch geprüft.

Allerdings ist auch in einschlägigen Kreisen bekannt, daß Prof. Kesting ein verehrter Freund des Alkohols ist. Doch angesichts der systematischen Hetze der ultralinksradikalen Studenten gegen unliebsame Professoren in ganz Deutschland sollte man die Kampagne nicht unterbewerten.

Prof. Kesting wird sich im ganzen Sommersemester in Korfu aufhalten.

Wie der Nachrichtendienst weiter meldet, ist Prof. Kesting bereits in den Süden abgereist. Er gilt jedoch seither als verschollen. b. a.

Das von der Studentenwerks-MV eingesetzte Komitee zur Vergabe der Einzelzimmer in der Girondelle Nr. 6 wird seine Entscheidung in einer Sitzung heute um 18.00 in der Baracke I, Zimmer 1, fällen.

Die Sitzung ist öffentlich!

Staatsanwaltschaft aktiv

Als Osterüberraschung flatterten am Gründonnerstag beim AStA, bei BSZ-Redakteuren, und den Mitgliedern des Fachschaftsrates SoWi (wieder einmal) blaue Briefchen der Staatsanwaltschaft Bochum in Sachen „Presseinhaltsdelikte" an. Genau wissend, daß über die Osterfeiertage kaum jemand erreichbar ist, sollte bis spätestens darauffolgenden Dienstag eine Stellungnahme der Beschuldigten vorliegen.

Bei dem „Presseinhaltsdelikt" handelt es sich um Äußerungen im „SoWi-Info" Nr. 2 u. 3 über die ach so honorigen Herren Lipp, Pankoke, Landwehrmann, Kesting und Papalekas. Diese Äußerungen sollen nach der bürgerlichen Rechtsordnung Formalbeleidigungen darstellen.

Außerdem geht es noch um eine Papalekas-Karikatur (SoWi-Info Nr. 2, Seite 2 und BSZ Nr. 78,) über die sich der Rechtsanwalt der Papalekas-Clique in einem Schriftsatz u. a. so ausließ: . . . Karikatur eines im Stehen kopulierenden Paares . . . und in die aus dem Gesäß der Frau strömenden Blasen . . ."

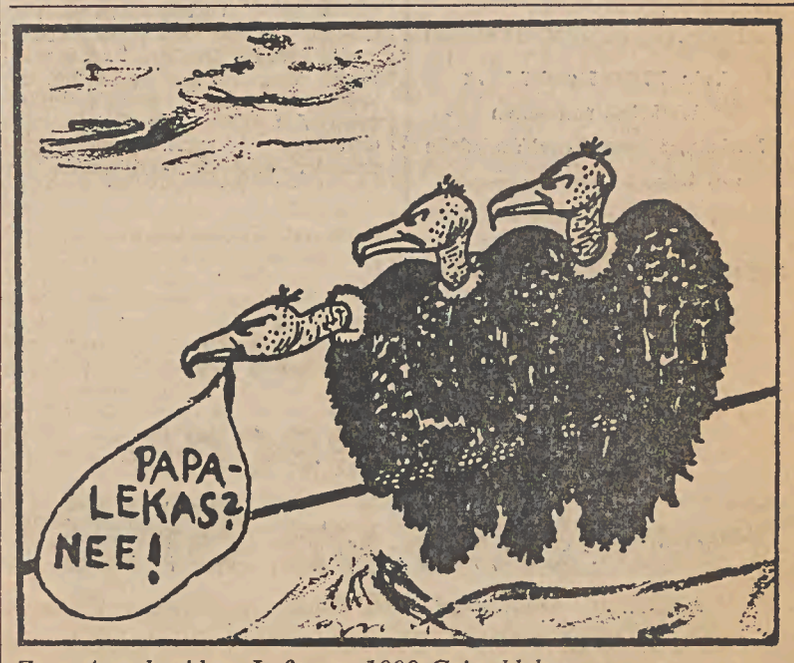
Nun ja, das ist die Auffassung der Papalektiker, die bei der Staatsanwaltschaft höchstpersönlich vorstellig wurden, um fortschrittliche Studenten zu denunzieren. Es stellt sich nur die dumme Frage, warum die Papalektiker nicht privat klagen und warum die Staatsanwaltschaft die Sache verfolgt, wo doch wegen angeblich beleidigenden Ausdrücken in einer studentischen abteilungsinternen Zeitung nie ein öffentliches Interesse bestehen kann. Leute wie Papalekas, Lipp, Pankoke, Landwehrmann usw. sind nicht dadurch berührt worden, daß sie mit angeblich beleidigenden Wörtern bedacht wurden.

Nein, sie sind vielmehr dadurch an der Öffentlichkeit aufgefallen, weil endlich einmal die ganze Intrigenmauschelei und Schwindeltechniken der Personalpolitik und der Berufungsskandale an der Abt. SoWi ans Tageslicht gefördert wurden, mit denen an der Abteilung SoWi die Wissenschaft mit den Füßen getreten wurde.

Mit welchem Recht will man einzelnen Äußerungen, die über so skandalöse, hinterhältige Machenschaften berichten, hinterher skandalösen bzw. beleidigenden Inhalt nachsagen?

Wie soll man jemand beleidigen, der selbst eine Beleidigung der gesamten Wissenschaft darstellt. Papalekas ist eine Herausforderung und darum ist darauf geantwortet worden.

Vielleicht soll mit diesen erneuten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft der Ärger über das Urteil im Zivilprozeß der Fachschaft gegen Papalekas „korrigiert" werden, das den Profs bei Androhung von Geld- und Haftstrafen verbietet, gewisse Äußerungen (Psychoterror, Morddrohung etc.) weiterhin zu verbreiten (siehe BS Nr. 91). b.a.



Zum Ausschneiden: Laßt uns 1000 Geier kleben

Minister deckt Papalekas!

Der Minister für Wissenschaft und Forschung ist nicht bereit, die Bemühungen der Studentenschaft der Abt. SoWi um die Dissertations- und Habilschrift von Papalekas zu unterstützen und beruft sich formaljuristisch auf den Brief des Rektors Faillard vom 29. 12. 71, der lediglich die schon bekannten Papalekasschriften bestätigte. Wo die eventuell gar nicht vorhandenen Arbeiten liegen, wurde bewußt umgangen.

Mit Schreiben vom 29. Februar 72 lehnte der Minister die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Faillard ab und verwies die Studentenschaft erneut an die Universität Innsbruck, **die doch bereits schriftlich mitteilte, daß die Papalekas-Schriften in Innsbruck nicht vorhanden sind.** Die Fachschaft SoWi kann nun mit den vergeblichen Bemühungen im geschlossenen Kreis bürgerlich reaktionärer Bürokratie wieder von vorne anfangen. **Doch eine solche Verarschung werden sich die Studenten nicht mehr länger gefallen lassen!!**

Obwohl der „Fall Papalekas" inzwischen eine breite Öffentlichkeit erreicht hat und Minister Rau erneut in einem Schreiben der Fachschaft SoWi vom 8. 2. 72 aufgefordert wurde, von Papalekas gemäß § 2 der VO vom 9. 12. 1968, NRW GVBL S. 430 den Nachweis der ordnungsgemäßen Verleihung des Doktor-Titels durch Vorlage der Dissertation selbst zu führen, stellt sich das Wiss. Ministerium im Brief vom 29. Febr. 72 inhaltlich voll vor Papalekas. Jeder, der sich vor Papalekas auch nur noch eine Minute länger stellt, sollte sich im klaren sein, wen er da deckt:

einen Wissenschaftler der in Nazi-Deutschland zu studieren begann, der von der faschistischen Obristen-Junta einen Ruf nach Athen erhielt, der nicht vor Intrigen und reaktionärer Mauschelpolitik zurückschreckte, um seine Personalpolitik an der Abt. SoWi durchzusetzen, der mit seinen Freunden die Wissenschaft mit den Füßen getreten hat, der fortschrittliche Studenten bei der Staatsanwaltschaft denunzierte und sie in der Öffentlichkeit (siehe Presseerklärung vom 7. 7. 71) mit nicht zu beweisenden Anschuldigungen (Morddrohung, Psychoterror etc.) zu kriminalisieren versuchte!!

Der Kampf gegen die Papalektik, gegen die bürgerliche Ideologie und gegen die kapitalistische Hochschulgesetzgebung geht weiter!!!

KLASSENKAMPF

ORGAN DER MARXISTISCHEN GRUPPE ERLANGEN-NÜRNBERG

1/2

APRIL 72

Kapitalistische Hochschulreform

Analysen und Dokumente

Kapitalistische Hochschulreform: Am Beispiel des Hochschulrahmengesetzes

Zur Reform einzelner Ausbildungsgänge

Aspekte kapitalistischer Bildungspolitik und Bildungsplanung

Zur Einschätzung der Hochschulreform i.d. Politik linker Gruppen in der BRD

Die Zeitschrift erscheint im Verlag des Politladen Erlangen. Erhältlich im Polit. Buch, Overbergstraße 5.

Alle Musikinstrumente, Klaviere, elektr. Orgeln, Noten, Gesangs- und Verstärkeranlagen

Piano- und Musikhaus am Südring

463 Bochum Südring 26 Telefon 1 48 21

Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Sichern Sie sich Ihren Platz an der Sonne durch baldige Buchung!

Noch haben Sie die freie Wahl, ob Sie in Spanien, Jugoslawien, Italien, Rumänien, Österreich, Skandinavien oder einem anderen Land sich sonnen, segeln, feiern, faulenzen, flirten, schwimmen, reiten oder sonstwas machen wollen!

Beratung und Buchung bei:

Studenten-Reisedienst Bochum

Lennershofstraße 66, Baracke 9 (hinter der alten Mensa)

Tel. 71 39 80 und 70 14 57

Brandt und Schah –

Komplicen bei der Ausbeutung und Unterdrückung des Perser-Volkes

Unmittelbar vor und nach dem Brandt-Besuch Anfang März sind im Iran 19 Patrioten hingerichtet worden. Die Anklage behauptete, daß sie Marxisten - Leninisten seien und den Sturz des Schahregimes anstrebten. Die Angeklagten bekannten sich dazu und verlangten, nach der persischen Verfassung vor ein ordentliches Gericht gestellt zu werden. Sie protestierten gegen ihre Aburteilung durch ein Militärgericht. Unter dem Druck der Weltmeinung mußte das Regime einen Beobachter der Internationalen Menschenrechtskommission akzeptieren, doch wurde er nur ein einziges Mal in den Gerichtssaal gelassen. Als der Angeklagte Ahmad Sadeh bemerkte, daß sich im Gerichtssaal ausnahmsweise jemand befand, der nicht ein Angehöriger des faschistischen Geheimdienstes SAVAK war, riß er sich blitzschnell sein Hemd vom Körper. Auf dem Rücken waren deutliche Folterspuren zu sehen, denn der Revolutionär war von der SAVAK auf ein Eisenrost gelegt worden, unter dem ein Feuer brannte. Der französische Rechtsanwalt Albala erklärte später: „Ich muß zugeben, daß diese Spuren genauso aussahen, wie sie mir vorher von anderen Gefangenen beschrieben worden waren."

Der ebenfalls angeklagte Bruder dieses Revolutionärs rief vor Gericht aus: „Ihr behauptet, hier gäbe es Freiheit, obwohl ich derart geschlagen worden bin, daß ich ohnmächtig wurde. 40 meiner Genossen sind durch die Folter umgebracht worden und können deshalb nicht vor dieses Gericht gestellt werden. Ihr fragt, warum wir Waffen tragen? Ich sah, daß schwerbewaffnete Polizisten täglich in die Universität stürmten und uns niederschlugen. Das Todesurteil für uns steht ohnehin fest. Warum führt ihr dann dieses Theater hier auf?"

Gruppe Technik übernimmt Auto-Reparaturarbeiten

Tel.: 70 26 65 und 6 55 72

Werkstatt vorhanden

Markstr., Stinnes-Fanal-Tankstelle

Wir suchen noch Mitglieder.

Seit diesem Vorfall hat die persische Regierung erklärt, daß keine ausländischen Beobachter mehr zu politischen Prozessen zugelassen werden.

Kurz nach der Ermordung dieser Brüder und der übrigen Revolutionäre ist der „Friedensnobelpreisträger" Willy Brandt nach Persien gefahren, um den Anteil des westdeutschen Imperialismus am persischen Kuchen zu vergrößern. Er wurde von der „deutschen Kolonie" in Teheran in Anzeigen herzlich begrüßt. Neben den reichen Bodenschätzen üben vor allem die billigen persischen Arbeitskräfte eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf die Kapitalisten und ihre politischen Helfershelfer aus. Der persische Ministerpräsident Hoveida erklärte wörtlich:

„Im Iran findet die deutsche Industrie das vor, was sie sucht und braucht: Arbeitskräfte und einen günstigen Absatzmarkt, stabile politische Verhältnisse und eine gesunde Währung."

Unter den Nutznießern dieser Annehmlichkeiten finden sich fast alle westdeutschen Konzerne, z. B. Siemens, Krupp, Degussa, Bayer, Thyssen, Mannesmann, Mercedes-Benz.

Die BRD ist der größte Importeur Persiens. Auch erhält der Iran mit weitem Abstand den größten Posten, den die westdeutschen Imperialisten an **Militärhilfe** für willfähige Regimes bereit halten. Sie versuchen damit, in den Einflußbereich der USA, der Sowjetunion und Englands noch stärker einzudringen und ihre Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Seit der Brandt-Reise werden verstärkt nicht nur Waffen für das faschistische Schah-Regime zur Unterdrükkung des Volkes geschickt, sondern auch **diejenigen Perser, die sich in der BRD regimekritisch äußern, werden vermehrt bespitzelt und abgeschoben, um sie der Geheimpolizei SAVAK auszuliefern.**

Das persische Marionettenregime bekommt die Waffen auf Kredit zu hohen Zinssätzen von allen imperialistischen Staaten, den USA, England, Frankreich, der Sowjetunion und BRD. Neben dem Profit für die Imperialisten und Sozialimperialisten sollen die Waffen die Stabilität der Terrorherrschaft sichern.

Fünf Jahre währte die Unterdrückung des Aufstandes der Bauern in der Südpersischen Region Fars. **Die Dörfer wurden bombardiert,** ihre **Stammesoberhäupter erhängt** und 1967 schließlich **ganze Dörfer vernichtet.**

Trotz aller Unterdrückung hat der Widerstand des persischen Volkes gegen die Imperialisten nie aufgehört. Die revisionistische Entartung der Tudor-Partei hat zwar eine zeitlang Verwirrung in den Reihen der Revolutionäre gestiftet. Aber im Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus ist die revolutionäre Volksbewegung erstarkt.

Der bewaffnete Kampf für die Befreiung hat begonnen. Noch werden die Kämpfe erst an einigen Stellen geführt, aber das Volk steht hinter den Revolutionären.

Das Regime des Shah wird unsicher, es schlägt immer brutaler zu und sucht verzweifelt Unterstützung bei seinen imperialistischen Herren. Die revolutionäre Gewalt der Volksmassen wird über den faschistischen Terror siegen!

Der gemeine persische Blutsauger (imperator persicus parasiticus)

Presseerklärung

Todesurteil gegen türkische Patrioten

Die Todesurteile für drei Patrioten, Deniz Gezmis, Yusuf Aslan und Hüseyin Inan, sind nach der Bestätigung des türkischen Staatspräsidenten im Amtsblatt veröffentlicht worden. Die Urteile sind am 28. 3. 72 der Staatsanwaltschaft zur Vollstreckung übergeben worden.

Die Republikanische Volkspartei (CHP) hat sofort nach der Veröffentlichung im Amtsblatt bei dem Verfassungsgericht Klage eingereicht. Jedoch hat der Militärbefehlshaber von Ankara erklärt, daß das Urteil des Verfassungsgerichts nicht abgewartet wird.

Die Protestbewegung gegen die Todesurteile geht im In- und Ausland weiter. In der Türkei wurde dem Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartie Inönü eine Erklärung mit 20 000 Unterschriften, darunter Professoren, Parlamentarier, Richter, prominente Künstler und andere Persönlichkeiten übergeben, in der er aufgefordert wurde, sich für die Verhinderung der Vollstreckung der Todesurteile einzusetzen. Die Regierungen Dänemarks, Belgiens, Schwedens, Norwegens, Österreichs und der Schweiz, haben in Ankara um die Aufhebung der Urteile nachgesucht.

Es gilt die Vollstreckung der Urteile zu verhindern. Wenn diese drei Hinrichtungen durch den Druck der demokratischen Öffentlichkeit nicht verhindert werden können, ist zu befürchten, daß noch andere Hinrichtungen folgen. Bereits jetzt sind weitere 22 Todesurteile gefällt worden. Gegen 30 Personen, für die auch die Todesstrafe beantragt worden ist, laufen noch die Prozesse.

In München wurde am 28. 3. 1972 um 22 Uhr ein Hungerstreik gestartet, um gegen die Todesurteile zu protestieren. An dem Streik nehmen neben türkischen Arbeitern und Studenten auch griechische und iranische Studenten teil. Er wird von einem hierzu gegründeten Komitee getragen. Die Streikenden fordern:

1. daß die Todesurteile für Deniz Gezmis, Yusuf Aslan und Hüseyin Inan aufgehoben werden und
2. daß die Todesstrafe in der Türkei abgeschafft wird.

Wir rufen alle Demokraten auf, sich gegen die Todesurteile des Militärregimes in der Türkei zu wenden.

Komitee für den Hungerstreik
8 München 23
Leopoldstraße 15
Studentenwerk
Tel.: 38 86 216

Kramer Verlag
1 Berlin 44, Rollbergstr. 67

Die TEXTE ZUR KLASSENANALYSE sind ein Versuch, Rolle und Kampfform des Proletariats unter den Bedingungen des hochentwickelten Kapitalismus aufzuzeigen. Die Darstellungen, Analysen und politischen Konsequenzen beziehen sich auf die besonders in Italien, Frankreich und ansatzweise auch in der Bundesrepublik stattfindenden proletarischen Kämpfe , die in ihrer Radikalität und in ihren politisch-ökonomischen Forderungen neue Kampfformen andeuten. Klassenbewußtsein und Klassenkampf, Spontaneität und Ansätze zur Selbstorganisation weisen auf eine „neue" Arbeiterklasse hin, die in ihrem antikapitalistischen Kampf gegenüber der „alten" Arbeiterklasse veränderte Kampfformen anwendet.
Die notwendige Auseinandersetzung mit dem Problem der Klassenanalyse ist besonders dort von äußerster Wichtigkeit, wo betriebsbezogene, praktisch politische Arbeit gemacht werden soll und auch schon gemacht wird. Denn nur die konkrete Kenntnis von den tatsächlich stattfindenden Klassenkämpfen, ihren Methoden, Denkansätzen und Zielen wird es ermöglichen, nicht auf den traditionellen Vorstellungen unbeweglich zu verharren.
Die Texte der vier vorliegenden Bände (teilweise erstmals aus dem französischen und italienischen) wollen zum Verständnis der heutigen Situation beitragen.

TEXTE ZUR KLASSENANALYSE

Bd. 1 Klassenanalyse
Inhalt: M. Bridier: Neue Arbeiterklasse oder neue Bourgeoisie?; S. Mallet: Die neue Arbeiterklasse des Mai 1968; A. Gorz: Weder Bolschewik noch Gewerkschaftler; H. Marcuse: Perspektiven des Sozialismus in der Industriegesellschaft
216 Seiten Preis 7,– DM

Bd. 2 Arbeiterkontrolle, Streiks, Klassenanalyse
Inhalt: S. Mallet: Streiks für die Arbeiterkontrolle; L. Basso: Sozialismus in der Industriegesellschaft; S. Mallet: Arbeiterkontrolle, Partei und Gewerkschaft; M. Vester: Die Arbeitnehmer in der sozialistischen Strategie.
216 Seiten Preis: 8,– DM

Bd. 3 Thesen zur Arbeiterkontrolle
Inhalt: A. Touraine: Klassenkampf und soziale Krise; L. Libertini: 7 Thesen zur Arbeiterkontrolle; R. Panzieri
96 Seiten Preis: 4,– DM

Bd. 4 Partei u. Revolution
Inhalt: P. Mattick: Probleme der neuen Arbeiterklasse; A. Pannekoek: Partei und Gewerkschaft - 5 Thesen über den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus; W. Huhn: Zur Lehre von der revolutionären Partei
160 Seiten Preis: 7,– DM

Deutsche Erstausgabe
Staatlichkeit und Anarchie
Michael Bakunin
ca. 300 Seiten
Preis 15,– DM

„Darüber hinaus scheint mir eine vollständige englische und deutsche Ausgabe von Bakunins Buch nicht nur für die Marxologie im engeren Sinne interessant, sondern auch politisch höchst aktuell. Je mehr ich mich damit beschäftige desto mehr scheint es mir, daß Bakunin die meisten Entwicklungen, die bei den heutigen Revolutionen auftreten, viel klarer vorausgesehen hat als Marx. Sein Buch gehört insofern direkt zu den Voraussetzungen einer Theorie der modernen Revolution." (Karl Korsch an R. Rosdolsky, 1. 6. 1951). Das Buch Bakunins, von dem Korsch so begeistert schreibt, ist STAATLICHKEIT UND ANARCHIE. 1873 in Genf auf russisch erschienen, war es das erste größere Werk von Bakunin, das zu seinen Lebzeiten herauskam. Neben einigen russischen Neuauflagen im Verlauf der Revolutionen von 1905 und 1917, die auf die praktische Relevanz des Werkes für den damaligen Klassenkampf verweisen, kam es 1929 noch zu einer spanischen Ausgabe, die vom Bakunin-Biographen Max Nettlau besorgt wurde, und 1965 zu einer französischen Ausgabe v. A. Lehning. Der Plan von Karl Korsch, STAATLICHKEIT UND ANARCHIE herauszugeben, ließ sich nicht mehr realisieren. So kam es, daß Bakunins Hauptwerk STAATLICHKEIT UND ANARCHIE den deutschen Lesern lediglich in einigen kurzen Auszügen bekannt wurde, die Karl Marx 1874 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen innerhalb der I. Internationale exzerpierte. (Vgl. Karl Marx, Konspekt von Bakunins STAATLICHKEIT UND ANARCHIE, MEW 18, S. 659 ff.) Diese kurzen Auszüge von Marx vermitteln jedoch eher die Berechtigung von Bakunins Kritik am AUTORITÄREN KOMMUNISMUS der Marxisten, als daß sie eine Auskunft über die weitgespannte Problematik und den Diskussionsrahmen des ANTIAUTORITÄREN KOMMUNISMUS d. Anarchisten geben. So wird die Herausgabe des vollständigen Textes von Bakunin, die sich u. a. an der 1965 erschienenen französischen Ausgabe orientiert, einen umfassenden Überblick darüber geben, wie Bakunin zu den damals und auch heute zentralen Fragen der Strategie und Taktik der revolutionären Bewegung Stellung bezieht:

ROLLE DES REVOLUTIONÄREN SUBJEKTS IN DER GESCHICHTE
PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS
VOLKSKRIEG U. VOLKSREVOLUTION
KRITIK AM STAATSKAPITALISMUS UND STAATSSOZIALISMUS
POLITISCHE UND SOZIALE REVOLUTION
DEKLASSIERTE INTELLIGENZ UND LUMPENPROLETARIAT
BAUERNREVOLUTION UND REVOLUTION IN INDUSTRIELÄNDERN
RÄTEBEWEGUNG GEGEN PARTEIDIKTATUR
ABSTERBEN ODER ZERSTÖRUNG DES STAATES

„Das mit dem Rätegedanken bei Bakunin zum Beispiel war mir längst bekannt und ebenso, daß die ganze linke Bewegung in der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei und zu revolutionären Zeiten auch die Massen immer von Bakunins Schlagworten und Gedanken gelebt haben." (Korsch an Rosdolsky, 12. 8. 1951)

In einem ausführlichen Vorwort wird die Marx'sche Rezeption von STAATLICHKEIT UND ANARCHIE analysiert und der historische Bezugsrahmen zum Werk und den Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Anarchisten dargestellt. Außerdem wird der Versuch gemacht, die Aktualität Bakunins für die heutige revolutionäre Bewegung aufzuzeigen. Als Anhang wird der Marx'sche Konspekt von 1874 und einige Briefauszüge von Bakunin, Herzen, Ogarijow, Engels und Marx abgedruckt. Aus finanziellen und drucktechnischen Gründen unternimmt der Verlag eine SUBSKRIPTION des Werkes. Interessierte Buchhandlungen, Bibliotheken, Institute und Arbeitsgruppen etc. bestellen bei

Karin Kramer Verlag
1 Berlin 44, Postfach 106

Die TEXTE ZUR KLASSENANALYSE sind ein Versuch, Rolle und Kampfform des Proletariats unter den Bedingungen des hochentwickelten Kapitalismus aufzuzeigen. Die Darstellungen, Analysen und politischen Konsequenzen beziehen sich auf die besonders in Italien, Frankreich und ansatzweise auch in der Bundesrepublik stattfindenden proletarischen Kämpfe, die in ihrer Radikalität und in ihren politisch-ökonomischen Forderungen neue Kampfformen andeuten. Klassenbewußtsein und Klassenkampf, Spontaneität und Ansätze zur Selbstorganisation weisen auf eine „neue" Arbeiterklasse hin, die in ihrem antikapitalistischen Kampf gegenüber der „alten" Arbeiterklasse veränderte Kampfformen anwendet.
Die notwendige Auseinandersetzung mit dem Problem der Klassenanalyse ist besonders dort von äußerster Wichtigkeit, wo betriebsbezogene, praktisch politische Arbeit gemacht werden soll und auch schon gemacht wird. Denn nur die konkrete Kenntnis von den tatsächlich stattfindenden Klassenkämpfen, ihren Methoden, Denkansätzen und Zielen wird es ermöglichen, nicht auf den traditionellen Vorstellungen unbeweglich zu verharren.
Die Texte der vier vorliegenden Bände (teilweise erstmals aus dem französischen und italienischen) wollen zum Verständnis der heutigen Situation beitragen.

TEXTE ZUR KLASSENANALYSE

Bd. 1 Klassenanalyse
Inhalt: M. Bridier: Neue Arbeiterklasse oder neue Bourgeoisie?; S. Mallet: Die neue Arbeiterklasse des Mai 1968; A. Gorz: Weder Bolschewik noch Gewerkschaftler; H. Marcuse: Perspektiven des Sozialismus in der Industriegesellschaft
216 Seiten Preis: 7,– DM

Bd. 2 Arbeiterkontrolle, Streiks, Klassenanalyse
Inhalt: S. Mallet: Streiks für die Arbeiterkontrolle; L. Basso: Sozialismus in der Industriegesellschaft; S. Mallet: Arbeiterkontrolle, Partei und Gewerkschaft; M. Vester: Die Arbeitnehmer in der sozialistischen Strategie.
216 Seiten Preis: 8,– DM

Bd. 3 Thesen zur Arbeiterkontrolle
Inhalt: A. Touraine: Klassenkampf und soziale Krise; L. Libertini: 7 Thesen zur Arbeiterkontrolle; R. Panzieri
96 Seiten Preis: 4,– DM

Bd. 4 Partei u. Revolution
Inhalt: P. Mattick: Probleme der neuen Arbeiterklasse; A. Pannekoek: Partei und Gewerkschaft - 5 Thesen über den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus; W. Huhn: Zur Lehre von der revolutionären Partei
160 Seiten Preis: 7,– DM

Kramer Verlag
1 Berlin 44, Rollbergstr. 67

Unsere Bücher sind erhältlich bei: POLITISCHE BUCHHANDLUNG, 463 Bochum, Overbergstraße 5.
Ebenfalls „883"; überregionales Informationsorgan der revolutionären anarchistischen Vereinigung „883-REVOLUTIONÄREN AKTION"
Für eine revolutionäre Einheitsfront an der RUB!!!

883 REVOLUTIONÄRE

AKTION BOCHUM

Proseminar (Philos.) 030038 GA 3/143
Für Sympathisanten: INFORMATIONSTERMIN 18. 4., 13.00 Uhr Fachschaft Philosophie

150 Jahre Unterdrückung in Griechenland

Aspekte zum 5. Jahrestag des Obristenfaschismus in Athen

Während die Bundesregierung im Begriff steht, ein Ausländergesetz zur Knebelung der grundlegenden Rechte von „Gastarbeitern" durchzusetzen, während Melina Mercouri „sich erinnert" und bedauert, ihren Vater nicht selbst in Athen begraben zu können, während King Ko(ng)stas (Konstantin II.) für die Olympiade Segeln übt, das Goethe-Institut in Athen sich um die „Freiheit der Kunst" bemüht und Grass vor einer intellektuellen Oppositionsgruppe sehr eigener Art spektakuläre Reden gegen den „Faschismus" (= Kommunismus) hält, während sich also zum fünften Mal die „nationale, christlich-griechische „Befreiung" vom 21. 4. 67 jährt (Chr. Papalekas kann vom 20. 4. — einem prominenten Geburtstag — gleich bis zum 21. durchfeiern) und die ganze „freie, westliche" Welt einschließlich aller „demokratischen" Parlamentarier sich wortstark über „die Knebelung der grundlegende Rechte" (s. o.) entrüstet, während die freie Stimme Europas und Amerikas ihre öffentliche Pflichtübung gegen den (von ihnen eingeleiteten und kontrollierten) „bedauerlichen Unfall" ableistet, ist es für uns wichtig, aus der allgemeinen Vernebelung und Verschleierung einige grundsätzliche Aspekte, die auch uns selber angehen am „Fall Griechenland" zu zeigen.

Solidarität mit dem griechischen Widerstand, einem effektiven, nicht dem, der von ehemaligen Direktoren der Nationalbank „geleistet" wird, kann nur durch die Analyse seiner spezifischen Situation vermittelt werden, seiner

POLITISCHEN, ÖKONOMISCHEN UND KLASSENMÄSSIGEN VORAUSSETZUNGEN

Die politische Entwicklung Griechenlands ist im wesentlichen bestimmt durch die mehr oder minder geglückte Durchsetzung und Wahrnehmung der kapitalistischen, imperialistischen Interessen der jeweils führenden ausländischen Mächte im Bündnis mit seiner eigenen Bourgeoisie, deren Herrschaftsapparat selbst den **Charakter einer kolonialistischen Fremdherrschaft** trägt.

Die Köpfe enthaupteter kommunistischer Partisanen

Das ist nicht erst seit dem 21. April 1967 so, wo sich diese Tatsache allerdings besonders deutlich offenbarte, sondern läßt sich konsequent seit der „Befreiung" von vierhundertjähriger Türkenherrschaft bis heute nachweisen. Die ursprünglich mit der nationalen Erhebung gekoppelte soziale Revolution wurde von vornherein durch die oligarchische Clique der größtenteils „ausländischen" Griechen und ehemaligen Türkenkollaborateure (Fanarioten) in Gemeinsamkeit mit den Bestrebungen der europäischen Schutzmächte unterdrückt, so daß lediglich die eine Fremdherrschaft durch eine andere, verbunden mit einer noch schärferen Ausbeutung, ersetzt wurde.

Die politische Situation wurde bestimmt durch eingesetzte, aufgezwungene ausländische Monarchen (Bayern und Dänen) einerseits und die griechischen Feudalherren andererseits. Daran änderte auch eine sogenannte bürgerliche Revolution nichts, die 1911 von den Liberalen unter Venizelos eingeleitet wurde. Großgrundbesitzer wurden durch großzügige Abfindungen zu Kapitalisten, Grundbesitz zu Finanzkapital, die aufsteigende bürgerliche Klasse gewann an politischer und ökonomischer Bedeutung, während die Bauern weiter verarmten, da die „Agrarreform" nur eine Scheinlösung darstellte, da die so erreichte Landeszersplitterung die Bauern trotz formaler Unabhängigkeit lediglich proletarisierte.

Die griechische Bourgeoisie blieb jedoch im wesentlichen merkantil und behielt ihre direkte Abhängigkeit von den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Auslandes bei, so daß sich keine eigenständige Industrie, somit auch kein ausgesprochenes Industrieproletariat bilden konnte.

Die 1918 gegründete Kommunistische Partei gewann dennoch rasch unter dem, wenn auch geringen, Industrieproletariat, den Bauern und dem Stadtproletariat Einfluß. Die Klassenkämpfe verschärften sich in demselben Maße wie die Klassengegensätze. Zwar wurden von der Bourgeoisie Reformversuche gegen die herrschende Oligarchie in Richtung auf eine bürgerlich-liberale Alternative unternommen, durch den Zusammenschluß jedoch der ausschließlich auf die Erhaltung ihrer Stellung bedachten, nach wie vor fremdabhängigen Kompradorenbourgeoisie mit der alten Oligarchie gegen das revoltierende Proletariat und Bauerntum erstarrte die „bürgerliche Revolution" bereits in ihren ersten Ansätzen.

Die gemeinsame Furcht des „nationalen" Bürgertums und der Oligarchie vor dem Machtanspruch der unterdrückten Massen war stärker als die zwischen ihnen selbst bestehenden Gegensätze und führte in entscheidenden Momenten des potientiellen Umsturzes zum Klassenbündnis gegen Bauern und Proletariat, in dem die Interessen der Oligarchie dominieren konnten.

Bezeichnenderweise wurde unter Venizelos der seitdem beibehaltene Ausbau des Polizeiapparates, der paramilitärischen Organisationen unternommen, sowie das erste Deportationsgesetz erlassen und die Ersten KZ's errichtet.

Die Interessen der Herrschenden fielen grundsätzlich zusammen mit den imperialistischen Vorstellungen Englands, das „stabile Verhältnisse" in seiner Halbkolonie Griechenland wünschte. So konnte 1936, nachdem die Volksfrontpolitik der KPG gescheitert war, mit Hilfe Englnds die faschistische Diktatur Metaxas errichtet werden.

Erst in der Phase des äußeren Angriffs durch Hitler-Deutschland konnte sich Griechenland von dem inneren Faschismus befreien. Eine starke Widerstandsbewegung entstand, die sich der Kontrolle der Engländer immer mehr entzog.

Der Volksfrontcharakter dieser hauptsächlich von den Kommunisten getragenen Bewegung, ihr ausschließlich antifaschistisches Programm im Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien führte über die Regierung einer „nationalen Einheit" wiederum zur Zerschlagung der sozialistischen und kommunistischen Massenorganisationen und zum Bürgerkrieg, der dem Land wieder den alten Machtapparat aufzwang. Die Bündnisherrschaft von Ausland, Oligarchie und Bourgeoisie existierte weiter.

Zwar waren die letzteren entkräftet, doch unternahm es England und später Amerika, sie in dem Maße, wie es ihnen nötig schien, wieder entscheidend zu stärken. Mit der von den Amerikanern eingesetzten „parlamentarischen" Diktatur Papagos, der sich bereits unter Metaxas hervorgetan hatte, war der Anschluß an die Vorkriegszustände nahtlos hergestellt und der Weg zu einem neuen Faschismus von 1967 vorgezeichnet.

Vom kapitalistischen Ausland in den Faschismus getrieben

Was nun folgte, war die Zwangsintegration Griechenlands in das imperialistische Lager, der Ausbau „privater Initiative" zur Entwicklung des griechischen Kapitalismus. Bei der **offenen Invasion ausländischen Finanzkapitals in Händen zweier großer Bankkomplexe,** die jede Art privater und staatlicher Investition kontrollierten, kam es zur institutionalisierten Unterentwicklung und zur weiteren parasitären Aufblähung des Bürgertums als einer kompradorischen Vermittler- und Händlerbourgeoisie.

Auf der anderen Seite konnte sich der griechische Staat den notwendigen Ausbau der Infrastruktur nur durch erhöhte Ausbeutung des Proletariats, der Bauern und des Kleinbürgertums leisten, um so gleichzeitig auch die Lage des durch Auslandskapital gefährdeten heimischen Kapitals zu „verbessern".

Direkte Folge war der Assoziierungsvertrag mit der EWG, als endgültige Unterwerfung Griechenlands unter das kapitalistische Europa und Hintertür amerikanischen Kapitals für die EWG.

Gleichzeitig mit der steigenden Aggressivität des amerikanischen Imperialismus, für den Griechenland als Stützpunkt unentbehrlich geworden war, verstärkte sich die Radikalisierung der unterdrückten und ausgebeuteten Schichten: der permanent verarmenden und proletarisierten Bauern und städtischen Kleinbürger und der kontinuierlich härter ausgebeuteten Arbeiter. In diesem Zusammenhang ist es nicht ganz unwichtig, einen kurzen Blick auf die Rolle der heute im „Widerstand" befindlichen politischen Parteien zu werfen.

PARTEIEN

1) EDA (Vereinigte Demokratische Linke, in der Nachfolge der verbotenen KPG)

Die Kommunistische Partei, wie die EDA, hat bisher noch jedesmal versagt, wenn es darum ging, eine mögliche Machtübernahme des arbeitenden griechischen Volkes vorzubereiten, einzuleiten und durchzuführen.

1936, als die Klassenkämpfe einen Höhepunkt erreichten und die Arbeiterbewegung mit der breiten solidarischen Front unterdrückter Bauern und Kleinbürger eine beachtliche Stärke erreicht hatte, verspielte sie durch ihr Programm „bürgerlich-demokratischer Veränderung" und die Zusammenarbeit mit den beiden großen bürgerlichen Parteien (Liberale und Royalisten) den politischen Machtanspruch und ermöglichte so die mit Hilfe der Reaktion und Englands errichtete Diktatur Metaxas.

1944, ging die kommunistische Widerstandsbewegung, die als Volksbewegung die Macht praktisch schon in den Händen hatte, durch die politische Richtungslosigkeit der KP, die bewußt eine sozialistische Umwandlung des Landes ausklammerte und teilweise mit der Reaktion und dem britischen Imperialismus zusammenarbeitete, trotz der ungeheuren Erfolge während der Naziokkupation in einem nutzlosen Bürgerkrieg unter und ermöglichte den verdeckten Nachkriegsfaschismus und die amerikanische Kolonialisierung.

1965, als sich wiederum eine starke Klassenfront gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, den Staat und die Monopole gebildet hatte, und sich sowohl die Staatskrise wie der Coup einer Militärjunta abzeichnete, verzichtete die kommunistische Führung (EDA) noch einmal auf den möglichen revolutionären Umsturz und hintertrieb ihn, indem sie offen davor warnte und parlamentarische Wahlen empfahl. Die EDA hat auf Grund ihrer Verstrickung in das bürgerlich parlamentarische System, ihrer zaghaften und kleinbürgerlichen Politik, ihrer Abhängigkeit von der illegalen Auslands-KP in der Nachkriegsgeschichte mehr die Rolle eines bürgerlichen Buhmanns gespielt, der entscheidende Möglichkeiten nicht zur revolutionären Initiative sondern zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung genutzt hat.

2) ZU (Zentrums-Union), die 1963-1965 an die Macht gelangte und unter G. Papandreou ihren „unnachgiebigen Kampf" (gegen rechts und links) einleitete.

Die sozialdemokratisch orientierte Zentrumsunion, ohne konkrete Ausrichtung, als Sammelbecken der bürgerlichen Opposition mit Unterstützung Kennedys gebildet, wollte die „bürgerlich-demokratische Lösung", die einerseits in der Ablösung der bankrotten Rechten, andererseits in der Spaltung der Linken und Trennung von ihrer Massenbasis bestand.

So nahm sie dem Volk nach und nach die ihm zunächst zugestandenen Rechte und gestand der Oligarchie und dem Hof in demselben Maße Rechte wieder zu. Die Regierung wurde dennoch durch einige Reformen, die den bis dahin herrschenden Terror in einem für Griechenland unbekannten Maße lockerten, recht populär.

Sie scheiterte jedoch, wie Venizelos, an der Ziel- und Konzeptlosigkeit der Partei, die sowohl die monopolkapitalistischen Interessen (z. B. durch Mavros, Direktor der Nationalbank) als auch wirtschaftliche Reformbestrebungen (z. B. durch A. Papandreou) repräsentierte. Die erzwungene Abdankung G. Papendreous im Jahre 1965 mobilisierte noch einmal die Massen, führte aber, wie die Krise vor 1936, direkt zum Putsch von 1967.

3) ERE (National-Radikale Union) nach dem Tod von Papagos, von 1955-1963 unter Führung von Karamanlis an der Regierung.

Ihre Herrschaft unterschied sich, bis auf die formale Parlamentarisierung, in nichts von der vorausgegangener und nachfolgender faschistischer Regime. Karamanlis ist der griechische Strauß. Deportationen, KZ's, Wahlfälschungen, Wahlterror, Unterdrückung und Knebelung jeder Art von Opposition, Verfolgung der Kommunisten auf der einen Seite, weitere Monopolisierung und Amerikanisierung der Wirtschaft im Gefolge einer unglaublichen Ausbeutung der proletarisierten Bevölkerungsschichten kennzeichnen diese Jahre.

Trotz allen faschistischen Terrors erstarkte eine radikalisierte breite Opposition, so daß es nach der spektakulären Mordaffaire des EDA-Abgeordneten Lambrakis (die den Inhalt für den Film „Z" liefert) zum Sturz der Regierung kam.

Insgesamt läßt sich demnach die Situation jener Jahre auf folgenden Nenner bringen.

- Bankrott der Herrschaftsinstitutionen, die den Zusammenhalt der herrschenden Klasse gewährleisten sollte.
- eine unter dem Druck ausländischen Kapitals und der eigenen Widersprüche gespaltene bürgerliche Klasse
- eine sich radikalisierende Massenbewegung von Arbeitern, Bauern und Kleinbürgern mit dem Charakter einer Klassenkoalition, die jedoch von einer linken Partei (EDA) nicht organisiert geführt werden konnte
- ein faschistischer Polizei- und Militärapparat nebst einem voll ausgebauten Agentennetz des amerikanischen Imperialismus, der alles, vom Heer über den Sicherheitsdienst, amerikanisches und einheimisches Kapital, die Parteien bis hin zu einzelnen faschistischen Organisationen kontrollieren konnte (und kann)
- die zunehmende Bedeutung Griechenlands als Bollwerk des wirtschaftlichen und militärischen Imperialismus Amerikas.

„Widerstand" und Widerstand

Da, wie gezeigt, die Interessen der herrschenden Klasse Griechenlands mit denen der ausländischen Imperialisten — hier also Amerikas — zusammenfielen, und sich die griechische Bourgeoisie, wenn ihre Kapital- und Herrschaftsinteressen ernsthaft gefährdet waren, bisher noch immer durch die Errichtung einer faschistischen Diktatur zu retten wußte, ist der, nach einem Natoplan durchgeführte, Obristenputsch nichts Neues und nur folgerichtig im historischen Zusammenhang.

Den ganzen bürgerlichen Parteiapparat trifft durch seine vergangene und gegenwärtige Politik die Schuld an diesem Coup, der nur gelingen konnte, „weil die Herrschenden nicht mehr regieren konnten, und die Beherrschten nicht darauf vorbereitet waren, selber die Machtfrage zu stellen."

Angesichts der Lage einiger hunderttausend griechischer Gastarbeiter in der BRD, die gekennzeichnet ist durch ein perfektes System wirtschaftlicher Ausbeutung und politischen Terrors (der Einfluß griechischer Faschisten hört in Deutschland nicht auf, sondern reicht über bestallte Spitzel der Regierung in den Arbeitsämtern, politischer Erpressung durch die Konsulate, Überwachung am Arbeitsplatz, falls überhaupt, dann Erziehung der Kinder durch griechische faschistische Lehrer, Demonstrations- und Organisationsverbote, mehrfach erwiesene Zusammenarbeit deutscher und griechischer Behörden im Falle der für beide Teile unerwünschten-widerständischen Griechen etc.).

Angesichts auch der verbalen, reaktionären bis verlogenen Kraftakte griechischer, europäischer und amerikanischer (Ex-)Politiker, Literaten, Künstler und Journalisten, die jahrzehntelang an der Aufrechterhaltung des staatlichen Unterdrückungs- und Ausbeutungsapparates mitgewirkt haben und deren „Widerstand" hauptsächlich im Beharren auf ihrer Machtlegitimation und im antikommunistischen Anbiedern an europäische und amerikanische kapitalistische Institutionen besteht.

Angesichts dieser Faktoren ist es umso notwendiger, die Frage nach Ziel und Strategie für ein „befreites Griechenland" durch eben diese parteilichen Widerstandsgruppen zu stellen.

Die zwei Hauptgruppen, die sich jedoch im Frühjahr 1971 mit der Organisation der ERE zusammengeschlossen haben, offensichtlich ohne aus den verhängnisvollen historischen Fehlern gelernt zu haben, sind die folgenden:

1) PAM (Patriotische Front) getragen von der KPG, die sich 1958 in einen „russischen" und „italienischen" Flügel gespalten hat, und der EDA;

ausgehend von einer Theorie der nationalen griechischen Bourgeoisie verfolgt sie das Ziel einer „nationalen demokratischen Veränderung", die in Zusammenarbeit mit allen bürgerlichen Parteien in einer breiten demokratischen Front zum „friedlichen Übergang in den Sozialismus" führen soll. Dieser So-

Fortsetzung auf Seite 8

Deutsche Polizei führt griechische Antifaschisten ab

Griechenland-Teach-in mit Genossen aus dem griechischen Widerstand
18. 4. 1972
14.00 Uhr
HZO 20

Gebrauchtwagen Ausstellung

Witzel-Tiefgarage

Renault 4

Baujahr	1964	890,- DM
„	1968	2490,- DM
„	1971	3890,- DM
„	1972	5190,- DM

2 CV

Baujahr	1967	1790,- DM

Opel Kadett Coupé

Baujahr	1966	1990,- DM
„	1967	2590,- DM

Simca 1100 GLS

Baujahr	1968	2390,- DM
„	1970	4490,- DM

Ford 12M / 15M P6

Baujahr	1967	2490,- DM
„	1968	2790,- DM
„	1970	3990,- DM

Unsere Fahrzeuge sind zuverlässig und werkstattgeprüft

RENAULT

WITZEL GMBH
Kraftfahrzeuge
BOCHUM
Freudenbergstraße 27/31
Telefon 5 26 51

Linke Diskussion

Verrät die chinesische KP die Revolution?

Ein Diskussionsbeitrag zu Chinas revolutionärer Außenpolitik

Die Diskussion darüber, ob die chinesische Führung unter Mao Tse-tung und Tschou En-lai richtig handelte, als sie den US-Präsidenten Nixon in Peking empfing, ebbt zwar schon fast wieder ab. Gerade aber, weil bei vielen fortschrittlichen Kommilitonen Fragen und Zweifel geblieben sind, hält es der KSB/ML auch jetzt für angebracht, einiges klarzustellen, was die bürgerliche Presse absichtlich falsch dargestellt hat, was aber andere linke Genossen wohl nicht besser wußten und worüber sie deshalb Spekulationen anstellten. Besonders deshalb schreiben wir diesen Artikel, weil es allen fortschrittlichen Menschen — auch in der BRD — nicht gleichgültig sein kann, ob die chinesische Führung revolutionär oder konterrevolutionär handelt. Ist doch jeder Sieg, sei er militärisch oder diplomatisch, der gegen den Feind aller Völker, den US-Imperialismus, errungen wird, ein Sieg auch für all diejenigen, die unter der mehr oder minder starken Abhängigkeit der Herrschaft der USA stehen.

Die Fragestellungen und Argumente gegen die Nixon-Reise sind unterschiedlich. Die offenen Reaktionäre sehen das Treffen von Peking als einen diplomatischen Akt von gleicher Qualität an, als wenn sich Brandt mit Kossigyn, Pompidou mit Heath trifft, als Gesprächsrunde der großen Herrscher, die ja doch — so die methaphysischen Totalitarismus-Theoretiker — ob rechts, ob links, alle gleich sind. (Derartige Theorien sind auf Uni-Ebene exemplarisch z. B. in jenem Contrapunkt-Artikel vertreten, in denen — nach einer vorausgesetzten Revolution — die ehemals extrem rechten Herrscher nun als linke Volkstribunen dargestellt werden)

Dann sind da die D„K"P-Revisionisten, die zwar einerseits in Worten den Sozialismus preisen (**vorausgesetz, er widerspricht nicht allzusehr dem Grundgesetz**) — andererseits aber für die Komplotte des SU-Imperialismus Partei ergreifen, indem sie den Einmarsch in die CSSR hochjubeln, als 1968 die einen Revisionisten (Breschnew und Co.) den anderen Revisionisten (Dubcek, Sik) wie das so ist mit (schein-)sozialistischer Freundschaft „halfen"; indem sie die Unterstützung der UdSSR für den Rogers-Plan im Nahen Osten als „Tat für den Frieden" preisen, der die Aufteilung der Region zu Ungunsten des palästinensischen Volkes bei gleichzeitiger Liquidierung der Befreiungskämpfer beinhaltet. — Die DKP nun läßt z. B. in ihrer Zeitung UZ einen Arbeiter die heuchlerische Frage stellen: „Sind die Imperialisten nicht mehr die Feinde der VR China?" und bezichtigt die „Mao-Gruppe" des „Großmacht-Chauvinismus".

Nicht ernsthaft auseinanderzusetzen braucht man sich wohl mit den Argumenten der Bild-Zeitung, die glaubte, daß Nixon nur deshalb nach China eingeladen wurde, weil Maos Frau sich nach dem Broadway und nach Hollywood sehne.

Die Frage also steht: Wie hält es die chinesische Führung bei ihrer Außenpolitik mit der Wahrung revolutionärer Prinzipien? Gehen wir der Reihe nach vor:

Wenn die Staatsmänner der verschiedenen kapitalistischen Länder miteinander verhandeln, vertreten sie dabei die Interessen der Kapitalistenklasse ihres Landes: Ein anschauliches Beispiel sind die EWG-Verhandlungen. In den USA gibt es riesige Konzerne, die durch Handelsabsprachen sämtliche Konkurrenten auszuschalten versuchen. Der VW-Konzern ist der größte in Europa, aber erst der 15-größte der Welt — nach den amerikanischen. Die Kapitalisten in den westeuropäischen Staaten haben deshalb beschlossen, sich gegen die Konkurrenz aus den USA zusammenzuschließen, sie haben die EWG gegründet. Was ist aber für die Bevölkerung der Länder bei diesem Handel herausgekommen?

Weiterhin gibt es hier wirtschaftliche Unsicherheit, Preise steigen, Arbeitslosigkeit, die einzelnen Menschen haben nirgendwo mehr Einfluß bekommen. Bauern und Fischer verlieren sogar vollständig ihre Existenzgrundlage. Das sind die Praktiken unserer Staatsmänner.

Nicht anders machen es jedoch die Führer der ehemals sozialistischen, jetzt kapitalistischen Länder. Am 25. 7. 1962 wurde in Moskau das sog. Kernwaffenabkommen zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR geschlossen. Die Führer dieser Länder priesen es als „große Tat für den Weltfrieden", in Wirklichkeit machten sie untereinander aus, **daß nur sie Kernwaffen besitzen dürfen.** Diesen Besitz nutzen sie jetzt aus, um kleineren Ländern zu drohen, wenn diese sich gegen die Vormachtstellung der großen wehren wollen. So haben die USA schon mehrfach erwogen, in Vietnam Atomwaffen einzusetzen.

Ein weiteres übles Beispiel ist der Moskauer Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR. Der revisionistische Führer Breschnew scherte sich einen Deut um die Interessen der Menschen in der DDR, er ging nach dem Motto vor: Bis zur Grenze der BRD reicht mein Einflußbereich, da bin ich König. Man sieht: Wenn die Staatsmänner solcher Länder Verhandlungen führen, seien es die Bosse der kapitalistischen Konzerne im Westen oder die neue Kapitalistenklasse in den Ostblockstaaten, vertreten sie dabei nicht die Interessen der Bevölkerung oder die der mit ihnen befreundeten Länder, sondern die ihrer eigenen Klasse.

Dazu in völligem Widerspruch steht die Art und Weise, wie die VR China ihre Beziehungen zu anderen Ländern regelt.

Das ist zunächst die selbstlose Unterstützung für alle Völker, die um ihre Befreiung kämpfen. Die VR China unterstützt

- in Worten und Taten — mit Waffen und ideologisch die Befreiungsbewegungen in Afrika, Lateinamerika und Asien und
- zahlt hohe, zum allergrößten Teil zinslos Kredite an viele zur Zeit noch unterdrückte Völker, um ihnen bei ihrer Entwicklung zu helfen.

Die USA und die UdSSR verleihen zwar auch Gelder an diese Länder, wollen es aber mit hohen Zinsen zurückhaben, um sie in neue politische und wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. In der UNO, wo seit einem halben Jahr die VR China vertreten ist, läßt sich auch ihr Delegierter Huang Hua gar nicht auf die Schachereien der Großmächte ein, sondern entlarvt bei jeder Gelegenheit die Taten der US- und SU-Imperialisten.

Immer wieder bestärkt die VR China die unterdrückten Menschen in aller Welt, für ihre Freiheit zu kämpfen. In vielen Zeitungen konnten wir z. B. das Kommuniqué lesen, das Nixon und Tschou En-lai am Ende des Besuches herausgaben. Darin steht unmißverständlich: „Von chinesischer Seite wurde festgestellt; Wo Unterdrükkung herrscht, gibt es Widerstand. Staaten wünschen Unabhängigkeit, Nationen wünschen Befreiung. Völker wünschen Revolution. Dies ist zu einem Trend der Geschichte geworden, dem man nicht widerstehen kann. Alle Nationen, groß oder klein, sollten gleich sein. Große Nationen sollten die kleinen nicht tyrannisieren, und starke Nationen sollten die schwachen nicht tyrannisieren. China wird nie eine Supermacht sein, und es lehnt Hegemonie wie Machtpolitik jeder Art ab. — Die chinesische Seite hat festgestellt, daß sie den Kampf unterdrückter Völker und Nationen für Freiheit und Befreiung unterstützt und daß die Völker aller Länder das Recht haben, ihre Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität, zu sichern und ausländische Aggression, Einmischung, Kontrolle und Subversion abzuwehren. Alle ausländischen Truppen sollten in ihre Heimatgebiete zurückgezogen werden."

Ein solches Kommuniqué unterscheidet sich nun auch in der Form — im Inhalt ohnehin — von solchen, die nach Unterredungen bürgerlicher (und revisionistischer) Politiker untereinander veröffentlicht werden. Dort bestätigt man sich große Einigkeit, bestärkt sich gegenseitig in der großen Verantwortung. Ein besonders anschauliches Beispiel hierfür ist das Kommuniqué von Camp David nach dem Treffen Eisenhower-Chrustschow 1959. Ganz anders die chinesischen Politiker. Sie haben durchgesetzt, daß im Kommuniqué nacheinander der Standpunkt der USA und dann der VR China geschildert wird, **denn sie sind unvereinbar, eben weil es zwischen Kapitalismus und Sozialismus keine wesensmäßigen Gemeinsamkeiten gibt.**

Kommt nun ein Vertreter eines um seine Freiheit kämpfenden Landes selbst nach China, z. B. eine führende Persönlichkeit Nordvietnams, so wird er von den chinesischen Politikern äußerst freundlich begrüßt, sie umarmen einander, wie Freunde es eben tun. Am Straßenrand stehen Hunderttausende von Menschen und winken mit Fähnchen. Sie jubeln dem Gast zu, weil sie als Menschen eines sozialistischen Landes sich natürlich freuen, und es begrüßen, wenn andere Nationen gegen ihre Unterdrücker aufstehen. 1970 unterstützte die VR China das vietnamesische Volk mit 200 Mio. Dollar bei seinem gerechten Krieg gegen die amerikanischen Aggressoren. Auch der rumänische Staatschef Caucescou wurde kürzlich vom chinesischen Volk freudig begrüßt. Sein Land bekam Militärhilfe zugesagt, weil ihm seitens der UdSSR seit langem die gleiche Invasion droht, wie sie 1968 gegen die CSSR geschah.

Völlig anders war allein schon das äußere Bild als Nixon in Peking einfuhr: Nur förmliche Begrüßung auf dem Flugplatz, keine winkenden Menschen am Straßenrand, denn Nixon kommt nicht als Freund sondern als Feind. Ihm als Präsident eines imperialistischen Landes werden die chinesischen Kommunisten natürlich niemals irgendwelche Unterstützung zusagen. Mit Ländern wie den USA werden diplomatische Beziehungen nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz geregelt, d. h., man versichert einander, daß man sich nicht gegenseitig angreift, sich nicht in die Angelegenheiten des anderen Landes einmischt. Das heißt nicht, daß Kommunisten Illussionen darüber hätten, daß sich die Imperialisten an solche Abkommen halten würden.

Doch wie sieht heute die Lage der VR China aus? Nach wie vor ist dort — in völligem Gegensatz zu Ländern wie USA, BRD, UdSSR **die Arbeiterklasse wirklich an der Macht.** In zahllosen Versammlungen und Diskussionen beraten und beschließen die Menschen über die Vorschläge und Beschlüsse der Führung des Landes, der kommunistischen Partei. Diskussionen und Schulungen über den Marxismus-Leninismus und die Theorien Mao-Tsetungs gehören zu jeder Schicht, werden wie die Arbeitszeit bezahlt.

„Dem Volke Dienen!" — diese Parole trägt der Ministerpräsident Tschou en Lai nicht nur am Jacket, sondern sie ist für alle Funktionäre verpflichtend. Studenten und Professoren genießen keine Sonderrechte, sie müssen von Zeit zu Zeit in der Produktion mithelfen, es gibt keine großen Einkommensunterschiede, auch Mao wohnt nur in einer kleinen Wohnung. Heute verdienen die Arbeiter bei gleichbleibenden Preisen 50 Prozent mehr Lohn als noch 1952, die Kosten für Miete, Strom und Wasser machen nur 5 Prozent eines Familieneinkommens aus. Es gibt keine Arbeitslosigkeit, Gesundheitsfürsorge ist kostenlos.

So sieht es konkret aus, wenn das Volk wirklich an der Macht ist, das heißt Diktatur des Proletariats.

Diese Diktatur des Proletariats gegen alle Angriffe von innen und außen zu verteidigen und zu festigen ist das oberste Ziel und die Pflicht der Führer der KP Chinas. Deshalb wurde 1966-68 eine große Kampagne gegen Leute wie den ehemaligen Staatspräsidenten Liu-Schao Tschi entfacht, die dadurch, daß sie das Land von der UdSSR wirtschaftlich abhängig machen wollten, daß sie für Fabrikvorstände höhere Löhne und Privilegien vorschlugen den Kapitalismus durch die Hintertür wieder einführen wollten. Diese Kampagne war die sog. Kulturrevolution, ihr Ergebnis war die Festigung der Macht der Arbeiterklasse unter der Führugn von Mao Tse Tung. Und damit eine derartige Gefahr nicht wieder aufkommen kann, werden die Menschen in China mit den Gedanken Maos täglich vertraut gemacht. Genauso übrigens werden alle Chinesen über den Nixon-Besuch aufgeklärt, man erläutert ihnen die Ziele dieser Diplomatie.

Doch nicht nur durch Verräter an der Revolution von innen, sondern auch durch kriegslüsterne Feinede von außen ist die VR China bedroht. Da sind einmal die USA, die ihre Bomben in Nordvietnam sehr häufig nahe an der Grenze zu China abgeworfen haben, die im nahen

Japan, in Südkorea und auf Taiwan Raketen stationiert haben, die gegen das chinesische Festland gerichtet sind. Den Führern der USA ist das kommunistische China schon lange ein Dorn im Auge. Sie wissen genau, daß viele kleine Nationen, daß die Völker in Vietnam, Laos und Kambodscha nur deshalb so erfolgreich gegen die USA kämpfen können und jetzt wohl zum endgültigen Angriff angetreten sind, weil sie von China unterstützt werden.

Auf der anderen Seite sind an den Grenzen Chinas mittlerweile 45 Divisionen, d. h., 1,5 Millionen sowjetische Soldaten aufmarschiert die zum Teil mit Atomwaffen ausgerüstet sind. Die Führer der UdSSR sind nervös geworden, weil China erklärt hat, daß die großen Mächte die kleinen nicht bevormunden dürfen, weil China z. B. dem rumänischen Präsidenten versichert hat, daß es die Auflehnung des rumänischen Volkes gegen den Willen Breschnews unterstützt, weil die KP Chinas bekanntgegeben hat, daß 1970 die polnischen Arbeiter völlig zu Recht gegen ihre verräterische Führung unter Gomulka aufgestanden sind.

Das alles sehen die Führer der UdSSR nicht gern, weil auch sie eines Tages durch einen Aufstand im eigenen Land entmachtet werden könnten, wenn nämlich die Arbeiterklasse der Sowjetunion jene Verhältnisse wieder herstellen wird, die seit der Oktoberrevolution 1917 bis zu Stalins Tod geherrscht haben: die Diktatur des Proletariats auch in der Sowjetunion.

Wie wehrt sich nun China gegen diese vielseitigen Angriffsvorbereitungen von außen? Das wichtigste ist, daß das Volk selbst bewaffnet bleibt und sich auf den Kriegsfall vorbereitet. Das andere sind eben die Verhandlungen mit den USA: Die amerikanischen Invasionen haben in Südostasien eine totale Niederlage erlitten. Gerade in diesen Tagen hat die vietnamesische Volksbefreiungsarmee zum entscheidenden Schlag ausgeholt. Die Marionettenregierung Thieu gerät in wilde Panik und mußte sofort eine scharfe Pressezensur verhängen, damit nur ja ihre Schlappe nicht bekanntgemacht wird. Die amerikanischen Soldaten werden von Tag zu Tag mehr demoralisiert. In den USA selbst herrscht eine sich immer mehr verschärfende Wirtschaftskrise. (7,6 Mill. Arbeitslose). In einem solchen Moment empfingen Mao und Tschou Nixon in Peking. Der Präsident der Demokratischen Republik Korea, Kim Il Sung kommentiert völlig zu recht „Die Fahrt Nixons nach Peking ist die Fahrt eines Geschlagenen."

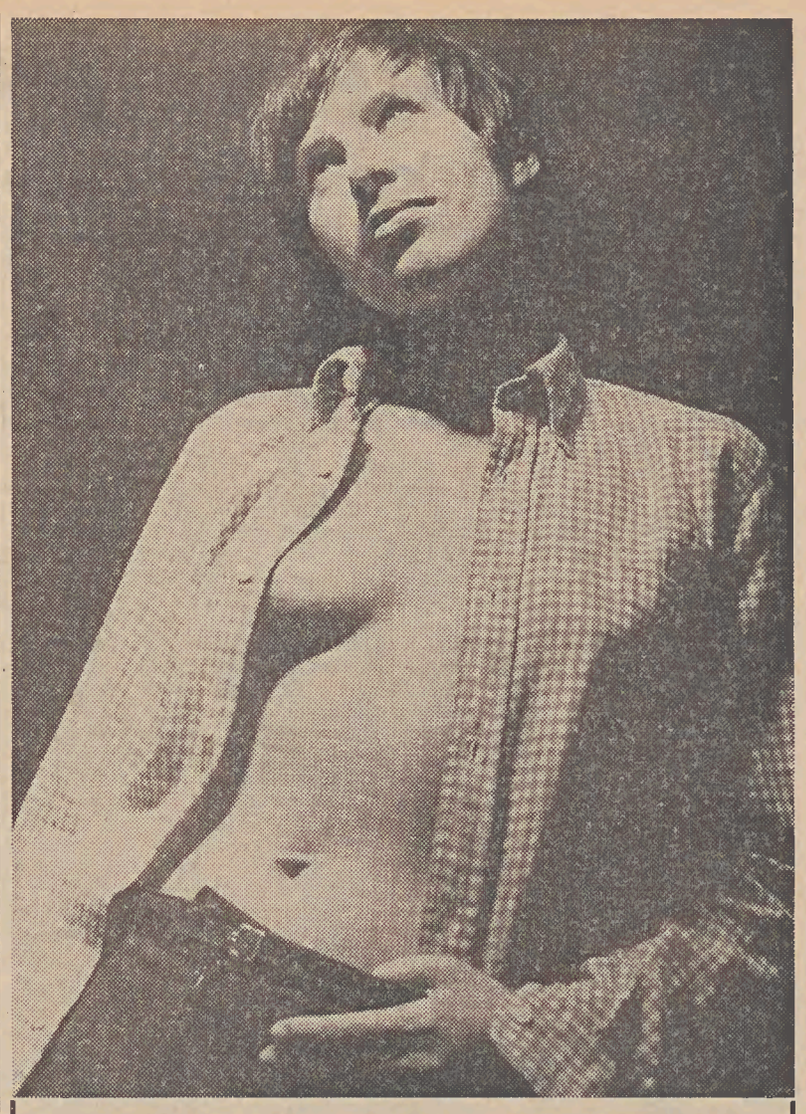
Die chinesischen Kommunisten forderten von dem amerikanischen Präsidenten den Abzug aller Truppen aus Südostasien. Nixon ließ daraufhin in das Kommuniqué schreiben: „Die Vereinigten Staaten unterstreichen, daß die Völker Indochinas Gelegenheit haben sollten, frei von fremder Einmischung über ihre Zukunft zu entscheiden. Als Hauptziel haben die Vereinigten Staaten eine Verhandlungslösung betrachtet."

Auf dieses Wort wird man nun Nixon immer wieder festlegen können und daran seine Ernsthaftigkeit prüfen können. Außerdem verlangte Tschou, daß sich die Amerikaner von der Insel Taiwan zurückziehen, die eigentlich zum Gebiet der chinesischen Volksrepublik gehört. Auch in diesem Punkt machte Nixon Zugeständnisse. Im Kommuniqué steht: „Die Vereinigten Staaten erkennen an, daß die Chinesen auf beiden Seiten der Straße von Taiwan festhalten, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil davon ist."

Natürlich machen sich die Chinesen keine Illusionen über die Friedfertigkeit des amerikanischen Präsidenten. Noch während des Besuches mußte der chinesische Außenminister energisch über die fortgesetzten Bombenabwürfe der Amerikaner über Nordvietnam protestieren. Die Chinesen haben Nixon in Peking die Möglichkeit gegeben, wichtige Zugeständnisse zu machen. Sie haben ihn in aller Form, aber ohne besondere Freundlichkeit empfangen. Sie sind jedoch in der Sache, in der Unterstützung der Revolution in aller Welt, hart und kompromißlos geblieben. Jedermann in aller Welt kann das Kommuniqué von Shanghai lesen, wo eindeutig und unmißverständlich steht: „Völker wünschen die Revolution. Dies ist zu einem Trend der Geschichte geworden."

Das straft die Berichte der bürgerlichen und revisionistischen Presse Lügen, die von einem „friedlichen" Mao reden, der der Revolution ade gesagt hat. Jedermann konnte die Fernsehaufnahme sehen, wo Nixon durch menschenleere Straßen nach Peking einfuhr.

Fortsetzung auf Seite 7



HIER BIN ICH
schon wieder
UM SIE
AUFZUKLÄREN

Denn nur die umfassenden Leistungen der Hamburg-Münchener sind schon für
11,- DM MONATL.
zu haben, versteht sich!

Denn Studenten können unter bestimmten Voraussetzungen einer gesetzlichen Krankenkasse und damit auch der
„HAMBURG-MÜNCHENER"
beitreten.

Nähere Auskünfte und ausführliche Beratung:
Geschäftsstelle
Bochum, Dr.-Ruer-Platz 1
und Baracke 2/235.

HAMBURG-MÜNCHENER
Ersatzkasse für Angestellte

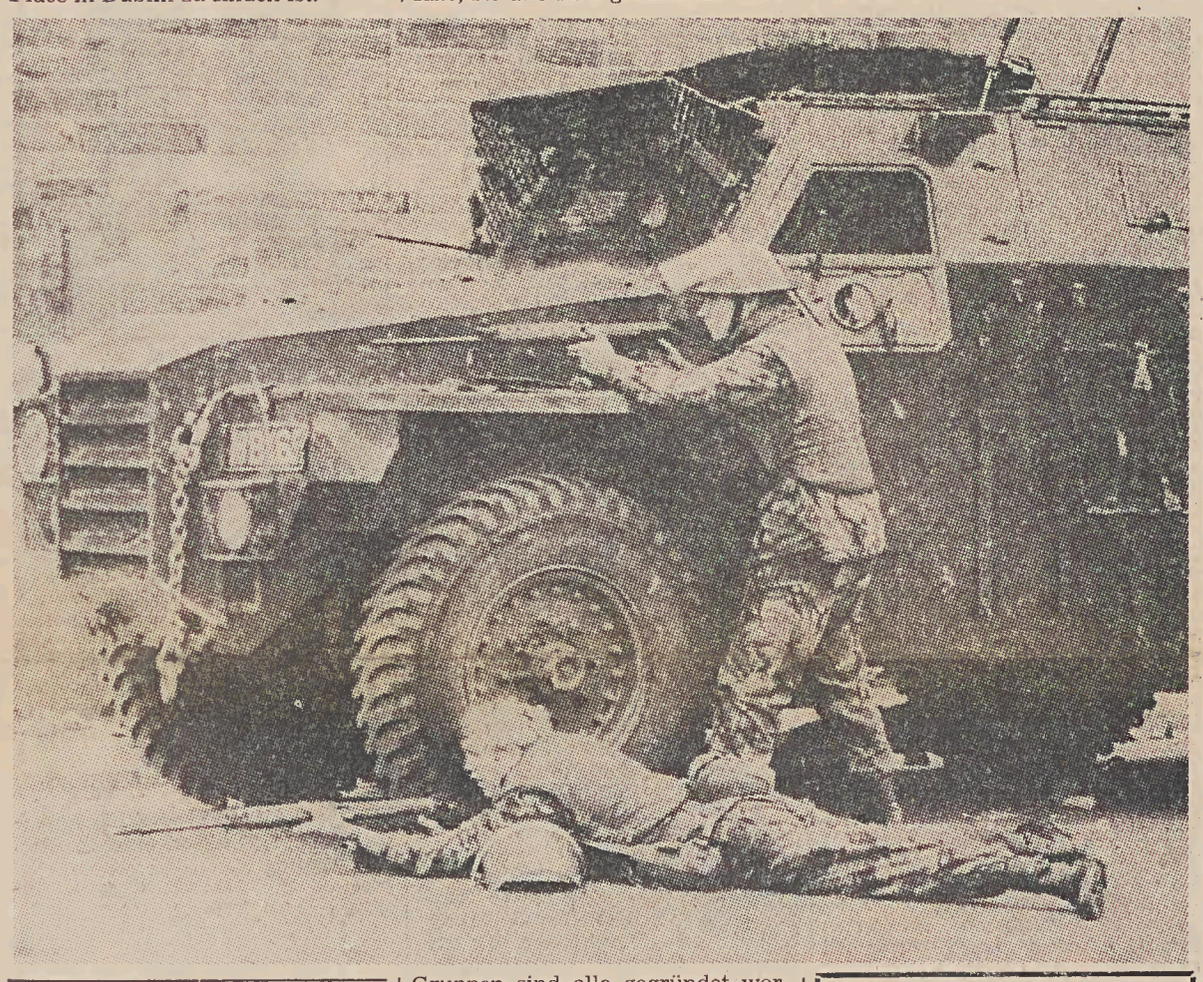
Der bewaffnete Kampf in Nordirland

Wohin es führen kann, wenn Sozialisten vergessen, wie sie sich vor Angriffen schützen müssen, sieht man deutlich an den Ereignissen 1969 in Nord-Irland. Damals haben in Belfast protestantische Extremisten die Slums katholischer Arbeiter überfallen, die Bewohner aus ihren Häusern getrieben und mißhandelt und ganze Straßenzüge in Schutt und Asche gelegt. Wie konnte es dazu kommen?

Die letzten größeren militärischen Aktionen der I.R.A. lagen lange zurück: die gescheiterte Kampagne an der Grenze zwischen Nord-Irland und der Republik fand in den 50er Jahren statt. Daraus ging eine I.R.A. hervor, die von diesem Zeitpunkt an eine gewaltlose Politik verfolgte und ihre Hauptaufgabe in der Verbreitung marxistischen Gedankengutes in der irischen Arbeiterklasse sah.

Seit 1965 geriet die Sinn Féin, deren militärischer Arm die I.R.A. ist, unter immer größer werdenden Einfluß der revisionistischen Kommunistischen Partei Irlands. Der militärische Aspekt des Befreiungskampfes in Nord-Irland wurde so sehr vernachlässigt, daß im August 1969 die Straßen in den katholischen Arbeitervierteln Belfasts praktisch ohne Schutz waren. Die Sinn Féin-Führung in Dublin schien aus diesen Ereignissen nichts gelernt zu haben, obwohl aufgebrachte Menschenmengen Steine in die Fenster ihres Hauptquartiers warfen, und hielt an der Politik der Zurückhaltung und an dem Primat des sozialen Engagements in den Elendsvierteln fest.

Nach diesen Vorfällen spaltete sich die Republikanische Bewegung in zwei Lager: die „PROVISIONAL" I.R.A. mit dem Hauptquartier ihrer Partei in der Lower Kevin Street und die „OFFICIAL" I.R.A., deren Sinn Féin-Büro am Gardiner Place in Dublin zu finden ist.



Armee des Volkes

Ein Grund für die Trennung war die Tatsache, daß die späteren Provisionals eine wichtige Funktion der I.R.A. darin sahen, die katholischen Arbeiterviertel vor Angriffen zu schützen. Sie meinten, wohl nicht ganz zu Unrecht, daß die Officials nicht so schnell bereit wären, zu den Waffen zu greifen und rüsteten eine eigene I.R.A. aus; **eine Armee des Volkes muß in erster Linie dazu in der Lage sein, das Volk zu verteidigen.** Die Provos fanden sehr schnell die Unterstützung der Massen, und die Officials konnten ihre Basis in der Bevölkerung des Nordens nur erhalten, indem sie ebenfalls den bewaffneten Kampf wieder aufnahmen. Allerdings lag ein wesentlicher Unterschied in der Taktik der beiden Flügel: während die Officials nur militärische Aktionen mit Defensivcharakter oder als Vergeltungsmaßnahmen befürworten, führten die Provisionals den bewaffneten Kampf in den Städten und auf dem Lande auch mit Offensivaktionen.

Parlamentarismus

Ein weiterer Grund für die Spaltung war die Frage, ob die Sinn Féin für die Parlamente in London (Westminster), Belfast (Stormont) und Dublin (Leinster House) Kandidaten aufstellen sollte. Seit dem Vertrag von 1921, in dem die Teilung Irlands festgelegt wurde und den die Sinn Féin nie anerkannt hat, existiert in der I.R.A. eine traditionelle Ablehnung der drei Parlamente, weil sie durch diesen Vertrag institutionalisiert worden waren. 1970 nun wollten die Führer der Partei in einer neu zu gründenden Nationalen Befreiungsfront mit irischen Kommunisten und militanten sozialistischen Gruppen zusammen Abgeordnete in jedes der Parlamente wählen lassen. Ein großer Teil der Sinn Féin sah darin ein unannehmbares Zugeständnis an die Institutionen des britischen und irischen Kapitalismus, verließ die Partei und gründete ein „Caretaker Executive of Sinn Féin", dem sich der „Provisional Army Council of the I.R.A." anschloß. Damit war die Spaltung endgültig.

Zu der Parlamentarismusfrage erklärt Sinn Féin/Kevin Street, daß die drei Parlamente, die zur Zeit die Geschicke ganz Irlands lenken, durch ein einziges Parlament ersetzt werden sollen. Nur so könne ein von London unabhängiges Gesamtirland geschaffen werden. Zu der Politik der Officials sagen die Provisionals: „Seit 1922 haben verschiedene Gruppen versucht, Leinster House als eine Ausgangsbasis für eine Republik zu benutzen, die alle 32 Counties umfaßt; sie alle sind gescheitert. Diese Gruppen sind alle gegründet worden, um das System von innen heraus zu verändern. **Jedesmal sind sie vom System verschluckt worden, sind ein Teil von ihm geworden und haben es schließlich verteidigt."**

Der Klassenkampf stellt sich nicht in zwei Etappen dar, sondern als kontinuierlicher, langandauernder Prozeß, der sich nicht in planmäßig aufeinanderfolgende Stücke zerteilen läßt. Er verläuft nicht so, daß die Massen in der ersten Phase systemimmanent Kräfte sammeln, um in der zweiten dann das System anzugreifen. Im Gegenteil: der revolutionäre Kampf muß an jedem Punkte seiner Entwicklung einen Angriff auf das System darstellen. Eine Strategie, die den Klassenkampf um demokratische Rechte beschränkt, muß zwangsläufig in der reformistischen Sackgasse landen (Hochschulkampf 24/25).

Von Leuten, die die Verhältnisse in Irland nicht aus eigener Anschauung kennen, wird oft behauptet, die Officials (manchmal auch „Red" I.R.A. genannt) seien Marxisten, und die Provos („Green" I.R.A.) seien ein zusammengewürfelter Haufen revolverschwingender, bombenlegender politischer Analphabeten ohne einen Schimmer sozialistischer Ideen. Es ist richtig, daß die Officials Führer haben, die ziemlich gut mit einem vulgär-marxistischen Vokabular umgehen können, aber das allein bringt sie der Revolution auch nicht näher. Indem sich die Officials mit der zwar rührigen, aber unbedeutenden KP Irlands verbündet haben (von der in Irland gesagt wird, in ihr befänden sich nur lauter Häuptlinge, die verzweifelt versuchen, ein paar Indianer zu finden), haben sie in großen Gebieten der Republik und Nord-Irlands viel von den Sympathien eingebüßt, die die I.R.A. dort hatte.

Der Hauptvorwurf, der von den Officials immer wieder gegen die Provos erhoben wird, ist folgender: sie seien sektiererisch und dadurch würden sie objektiv dem Klassenfeind helfen. Sektiererisch heißt in diesem Zusammenhang, daß sie nur Unterstützung bei der katholischen Arbeiterschaft suchen und gegen die Interessen der protestantischen Arbeiter handeln. Begründung: sie würden lediglich die katholischen Slums vor Angriffen schützen, und sie würden protestantische Geschäfte und Fabriken zerstören. Dadurch vergrößere sich die Kluft zwischen der protestantischen und der katholischen Arbeiterschaft immer mehr und den protestantischen Arbeitern werde es immer schwerer, zu erkennen, wo der gemeinsame Feind zu suchen ist: nämlich in der irischen und britischen besitzenden Klasse.

Die Provos betonen immer wieder, ihr Kampf richte sich gegen diese beiden Feinde. Sie bekämpfen die Soldaten, die als Handlanger der Kapitalisten die Interessen des britischen Imperialismus in Nord-Irland verteidigen. Sie versuchen auf der anderen Seite, in einer langfristigen Bomben-Kampagne das gesamte Wirtschaftsleben im Norden lahmzulegen. Wenn die meisten ihrer Ziele Protestanten gehören, so ist das nicht sektiererisch, sondern der Grund ist darin zu suchen, daß die besitzende Klasse aus historischen Gründen größtenteils protestantisch ist.

Die Provisional I.R.A. greift die Kapitalisten da an, wo sie am empfindlichsten sind: sie zeigt ihnen deutlich, daß ihr Geld und Besitz in Nord-Irland so lange nicht vor Bomben sicher sein werden, bis Irland eine „Democratic Socialist Republic of All Ireland" (Sinn Féin/Kevin Street) ist. Die Zielgruppe ihrer Aktivitäten ist also nicht die protestantische Arbeiterschaft, die der objektive Verbündete der diskriminierten katholischen Arbeiterschaft ist. Nach dem Prinzip „Teile und herrsche" wird den protestantischen Arbeitern von der ausbeutenden Klasse suggeriert, daß die minimalen Privilegien, die ihnen zugestanden werden, der katholischen Arbeiterklasse gegenüber verteidigungswert seien und daß jede Veränderung des Status quo eine Verschlechterung ihrer eigenen Situation mit sich brächte.

Die Provos führen einen Guerilla-Krieg, um eine grundlegende Verbesserung der Lage der gesamten irischen Arbeiterklasse herbeizuführen. Ihre Forderungen sind: 1. Freilassung aller Internierten und aller politischen Gefangenen: 2. Die britischen Soldaten sollen von den Straßen verschwinden! 3. Weg mit Stormont! Erst wenn diese drei Forderungen erfüllt sind, will die Provisional I.R.A. den bewaffneten Kampf einstellen.

Sie erkennt, daß die soziale Frage in der gegenwärtigen historischen Situation in Irland nicht losgelöst von der nationalen Frage gesehen werden kann; nicht weil Nationalismus wichtiger als Sozialismus ist, sondern, **weil die soziale Befreiung ohne gleichzeitige nationale Befreiung vom Joch Großbritanniens unmöglich ist.** Der Marxist und Republikaner James Conolly wußte das; es war sein Beitrag zur revolutionären sozialistischen Theorie. Die Provisional I.R.A. weiß das auch; es ist diese Einsicht, mehr als die zahlreichen sozialistischen Formulierungen ihrer politischen Dokumente und Konferenzbeschlüsse, die sie zur einzigen ernstzunehmenden revolutionären Bewegung der irischen Linken macht.

Die Officials haben eine andere Vorstellung von der Revolution: sie verlangen die Demokratisierung des Systems in Nord-Irland und ein Ende der Unionisten-Herrschaft im Stormont (sie glauben, daß die Forderung „Weg mit Stormont!" an sich schon sektiererischen Charakter hat); wenn Nord-Irland ein wahrhaft demokratisches Land (was immer hier darunter zu verstehen ist) ist, will sich die Sinn Féin/Gardiner Place an Wahlen beteiligen. Von dieser Basis aus wollen die Officials dann auf die Errichtung eines sozialistischen Staates in ganz Irland hinarbeiten.

Die Forderung nach Demokratisierung wird auch von der Bürgerrechtsbewegung (Northern Ireland Civil Rights Association = N.I.C.R.A.) vorgebracht. Diese Organisation ist in den letzten Monaten so radikal von den Officials infiltriert worden, daß sie jetzt praktisch jegliche Selbständigkeit verloren hat. Immer mehr Iren fangen an, die reformistische Strategie dieser Organisationen zu kritisieren.

In Nord-Irland ist eine neue Formation, das Northern Resistance Movement (N.R.M.) gegründet worden, die im Gegensatz zu N.I.C.R.A. eine festgefügte Organisationsstruktur und daher bessere Aussichten hat, überregionalen Einfluß zu gewinnen. Diese Bewegung ist von vielen kleinen örtlichen „Civil Resistance Councils" und der People's Democracy gegründet worden, um für all diese Widerstandskomitees, die nach der Internierungswelle im August 1971 überall spontan entstanden, eine gemeinsame Organisation zu liefern, um die Aktivitäten zentral zu koordinieren und den Forderungen somit den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die Provisionals rufen dazu auf, weitere dieser Widerstands-Räte zu bilden, den „rent and rates" — Streik auszuweiten (bisher beteiligen sich etwa 50 000 Haushalte an diesem Mietstreik) und in der N.R.M. mitzuarbeiten.

Die Räte sollen die Kontrolle über das eigene Gebiet (also je nach Größe Häuserblock, Straße oder Stadtviertel) übernehmen und auch auf sozialem Sektor arbeiten (z. B. Häuser reparieren, bei den Mietstreiks Rechtsbeistand zu organisieren und eigene Gerichte einsetzen, die unsoziales und sektiererisches Verhalten bekämpfen sollen). In der Bogside in Derry arbeitet diese demokratische Selbstverwaltung der Arbeiter schon seit Monaten reibungslos.

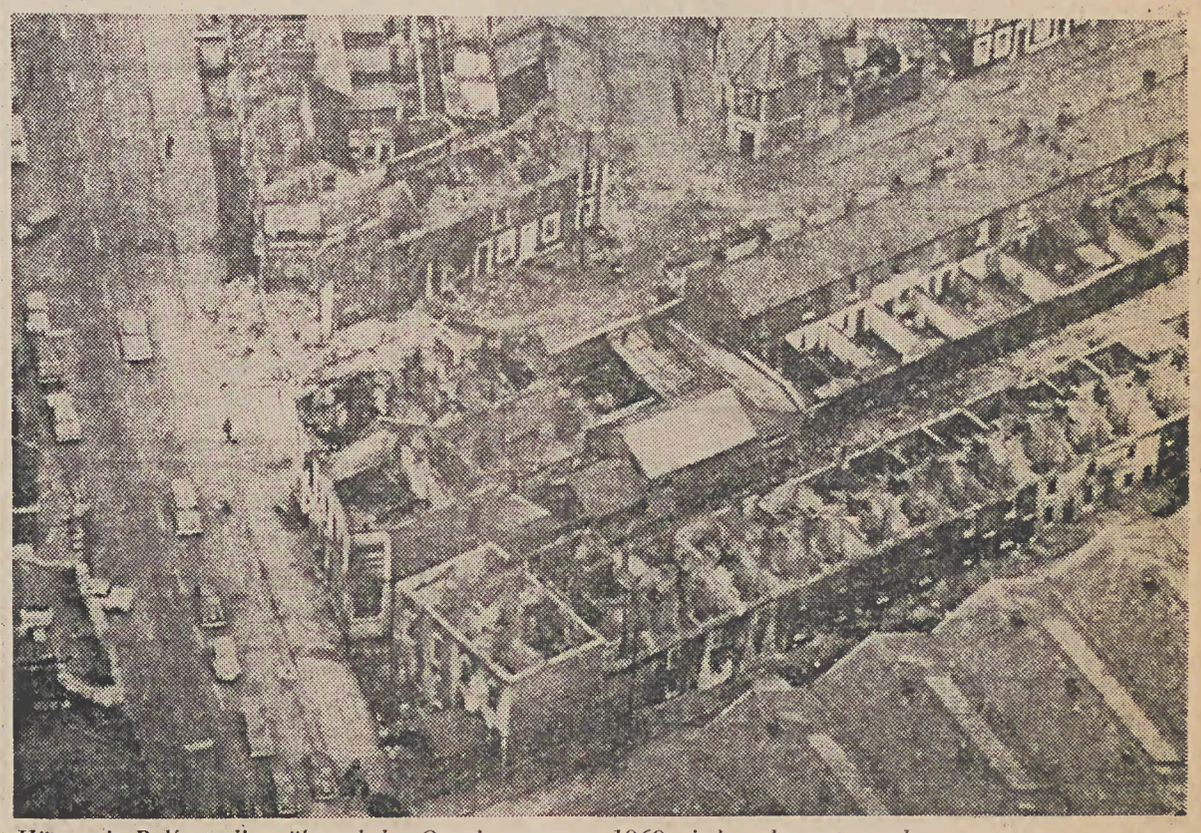
In diesem von Barrikaden geschützten und Tag und Nacht von bewaffneten I.R.A.-Kämpfern bewachten Gebiet war seit zwei Jahren kein Polizist mehr; die Türen werden nicht abgeschlossen, man ist sicher, daß nichts gestohlen wird; man hat vier Sirenen auf Hausdächern installiert, um die Bevölkerung wirksam und schnell warnen zu können, wenn britisches Militär in „Free Derry" eindringen will (das allgemein bekannte Mülltonnendeckel-Warnsystem gibt es nicht mehr, seitdem vor einiger Zeit eine Frau von britischen Soldaten erschossen wurde, weil sie damit ihre Nachbarn warnen wollte).

Die Provisionals wollen mit Hilfe des N.R.M. die Bürgerrechtsforderungen des Nordens auch in die Republik Irland tragen. Im Süden gibt es ein Gesetz, das mit der „Special Powers Act" des Nordens vergleichbar ist: die „Offences against the State Act". Dieses Gesetz wird zur Zeit hauptsächlich gegen die Sinn Féin/Gardiner Place zur Anwendung gebracht.

Man sieht also, daß trotz aller ideologischer Differenzen die linken Bewegungen zusammenarbeiten. Das gilt besonders für die „unteren Ränge" (at grass roots level). Im täglichen Kampf gegen den Klassenfeind, der in Irland mit der Waffe in der Hand geführt wird, arbeiten die Einheiten der Official I.R.A. mit denen der Provisional I.R.A. zusammen. Am Beispiel Irland ist deutlich zu erkennen, daß nationale Befreiungskämpfe und Revolutionen **nicht von Theoretikern vorangetrieben werden, die vom Volk isoliert sind.** Auch nicht von Splittergruppen der Neuen Linken, und wenn sie noch so viele Poster von Che oder Lenin oder Trotzki an der Wand hängen haben. Sie sind das Werk von Männern und Frauen, die sich restlos von allen bürgerlichen liberalen Werten losgesagt haben. **Das ist die I.R.A.: Terroristen und Mörder (wie alle Soldaten), aber die einzigen Revolutionäre Irlands!** mp

Wer sich für die Probleme, die in diesem Artikel angeschnitten werden, interessiert:
Irland Proseminar
Studentisches Seminar der Fachschaft Anglistik
Dienstag, 11.00 bis 13.00 Uhr, GB 5/40.

IRA-Guerillas bei der Ausbildung



Häuser in Belfast, die während des Oranienpogroms 1969 niedergebrannt wurden

Beim AStA zu vermieten: VW-Transporter pro km -,20 DM

Linke Diskussion

Fortsetzung von Seite 6

Die Verhandlungen sind **ein** Mittel, um die allseitige Bedrohung Chinas von außen wenigstens für den Augenblick — was die USA angeht zu mildern. Der Augenblick für diese Verhandlungserfolge war günstig, die zahlreichen Zugeständnisse Nixons beweisen das.

Was bleibt von den Vorwürfen und Spekulationen?

Der Vorwurf des „Großmacht-Chauvinismus" fällt auf seine Urheber, die D"K"P"-Revisionisten zurück. Nirgendwo in der Welt sind chinesische Truppen stationiert; zuletzt am 15. 11. 71 hat der chinesische Vertreter in der UNO erklärt, daß die VR China niemals als erste Atomwaffen einsetzen wird. Eine derartige Erklärung hat bisher kein anderes Land abgegeben.

Die Genossen und Sympathisanten der SAG werden es schwer haben, irgendeinen Beweis dafür zu bringen, daß China die praktische Fortführung der Revolution im eigenen Land, die Festigung der Diktatur des Proletariats, sowie die Unterstützung der Revolution in aller Welt eingestellt oder auch nur abgeschwächt hat. Wir meinen Beweise genug dafür geliefert zu haben, daß China nach wie vor ein sozialistisches Land ist und außerdem eine revolutionäre Außenpolitik verfolgt, deren theoretische Grundlagen Lenin gelegt hat und die Mao Tse-tung weiterentwickelt hat. Die Genossen vom KSB/ML jedenfalls empfinden es weiterhin als Lob, wenn sie als Maoisten bezeichnet werden; sie warten auf Entgegnungen anderer linker Gruppen. KSB/ML

Ihre Kommilitonen können es bestätigen ...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert

C. M. Schötteldreier
4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service, Verkauf Ersatzteillager

Wir reparieren — und tauschen nicht nur aus!

Manfred Knoop, Strafanstalt Krümmede
Gefangenennummer 768/72, Block 1, Zelle 11

Politbericht aus der Zelle

Ich habe hier konkret erfahren, wie sich die Justiz verhält, wenn jemand wagt gegen Polizeiausschreitungen zu protestieren — und frage hier, wie ist der Aufruf zum kontrollierenden Eingreifen mitverantwortlicher Staatsbürger zu verstehen, wenn hier bei uns — schon der Protest — mit Schlagstöcken und Stiefeltritten beantwortet und gegen die, die es gewagt haben zu protestieren, der Polizeiapparat eingesetzt wird — um Spitzel- und Überwachungsaufträge durchzuführen.

Ich sehe in diesem Verfahren nichts anderes als den hinlänglich bekannten Versuch, der Obrigkeit unbequeme Kräfte, im Sinne der Systemstabilisierung, zu disziplinieren.

Da hat es nicht genügt, mich in meiner Wohnung und an meinen sonstigen Aufenthaltsorten zu überwachen, Nachbarn und Kollegen durch Kriminalbeamte und U-Leute auszufragen, nein, da wird sogar vorgegeben, während ich in meiner Wohnung jederzeit erreichbar ein- und ausgehe, ich wollte mich der Strafverfolgung entzieziehen. In der U-Haft habe ich dann erfahren, daß während dieses Verfahrens eine Ladung zur vorigen Verhandlung und ein Brief meines Anwalts in der gleichen Sache verschwunden sind.

Im Zusammenhang mit den Polizeimaßnahmen muß ich darauf hinweisen, daß ein großer Teil der ausführenden Polizeibeamten kein eigenes Interesse daran hat, diese Spitzeldienste, die von ihnen selbst als „link" bezeichnet werden, durchzuführen. Ich kann Ihnen, Herr Staatsanwalt, hier versichern, daß mein Verhältnis zu diesen Polizeibeamten gut ist, da sich unsere Interessen decken, und zu den anderen besser wäre, eben dieser gemeinsamen objektiven Interessenslage wegen, und es nicht zu diesen Vorfällen käme, wenn die Marionetten des Kapitals, die Scharfmacher in den oberen Rängen, diese Männer nicht so ungehindert zu Knechten des Kapitals degradieren könnten.

Wo diese Scharfmacher überall sitzen, stellt sich heraus, wenn ein Herr Schrübbers, namhafter Ankläger während des Hitlerregimes — heute als Verfassungsschützer amtiert —, wenn ein **ehemaliger Sturmbannführer und Angehöriger des Reichsführer SS, Paul Boullay, Brigadegeneral des Bundesgrenzschutzes ist,** nach dessen unverhohlener Meinung Entscheidungen am Rande der Legalität im Berufsleben des Grenzschutzbeamten heute unvermeidlich sind.

Entsprechend diesem Urteil ist mir klar, daß diese mich hier betreffenden Maßnahmen seit jeher geeignet sind, sowohl den resignierenden Gleichmut gegenüber dem Obrigkeitsverhalten zu steigern, als auch zum fatalistischen Glauben an die Unveränderbarkeit von Obrigkeitsbeschlüssen zu erziehen.

Das wäre nicht möglich, wenn wir hier mehr Demokratie hätten und der Aufruf zum kritischen Mitdenken und zur politischen Mitverantwortlichkeit innerhalb dieses Systems nicht längst zur Farce geworden wäre.

In der gegenwärtigen Situation ist mir klar, daß große Anstrengungen erforderlich sein werden, um der Öffentlichkeit die verschleierten Fakten der Unterdrückungsmechanismen — wie deren Zusammenhänge mit der inneren Machtstruktur — aufzuzeigen; dabei war und bin ich der Meinung, daß Krawallmätzchen, so wie sie mir hier vorgeworfen werden, der bürgerlichen Manipulationspresse das Material liefern, welches sie sucht um zu verhindern, daß sich die wachsende Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung hier in Solidarität verwandelt.

Die gegen mich erhobenen Anschuldigungen weise ich zurück. Sie entsprechen weder den Tatsachen noch meiner Einstellung zur gegenwärtigen Auseinandersetzung mit den Handlangern des Kapitals.

Es ist richtig, daß ich einen der gegen mich vorgehenden Beamten mit Faschistenschwein bezeichnet habe. Die damit zusammenhängenden Vorfälle in der Zelle des Polizeigefängnisses habe ich bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte zur Anzeige gebracht, da ich dort nicht, wie hier, Gefahr laufe, wegen fehlender Zeugen strafrechtlich verfolgt zu werden.

Darstellung der Vorfälle

Ich werde nun den Versuch machen, eine Darstellung der Vorfälle des zweiten Abends der Rote-Punkt-Aktion vom 18. 3. 1971, 20 Uhr, abzugeben.

Am zweiten Tag der Rote-Punkt-Aktion in Bochum, anläßlich der Fahrpreiserhöhung der Bogestra, befand ich mich unter den Demonstranten. In der Höhe der Kreuzung Viktoriastraße-Südring drängte die Polizei die Demonstranten Richtung Hauptbahnhof ab. Da ich meinen Hund dabei hatte, verließ ich das Gedränge und stellte mich auf den Gehweg gegenüber dem Paprika-Grill.

Hier beobachtete ich, wie Greifer versuchten, aus den zurückgedrängten Demonstranten Leute herauszureißen, die sich bereits auf dem Südring in Höhe des Möbelgeschäftes Markant befanden. Den Greifern gelang es, einen Jugendlichen zu fassen. Es handelte sich um einen Lehrling, wie sich später herausstellte. Er wurde von den Beamten hin und her geworfen. **Zwei hielten ihn fest und andere traten nach ihm und schlugen auf ihn ein.** Das alles ließ der Lehrling widerstandslos über sich ergehen. Sie wendeten den sehr schmerzhaften Daumenzwinggriff an und schleppten ihn Richtung Mannschaftswagen ab. Angesichts dieser brutalen Gewaltanwendung schrien und pfiffen die Demonstranten, während dem die Greifer nicht aufhörten, ihn mit den Knien stoßend vorwärts zu treiben. Als sie sich auf meiner Höhe befanden, ging ich ihnen entgegen und forderte sie auf, ihre Gewalttätigkeiten einzustellen.

Daß ich nun mit den Fäusten auf die Greifer eingeschlagen haben soll, ist reine Erfindung. Zu meiner Rechten wie zu meiner Linken standen Dutzende von Polizisten, die mich nun einkreisten und übel zusammenschlugen. In der Anklage steht zwar, daß ich einen großen Jagdhund bei mir hatte, aber es wird nichts von Hundebissen erwähnt. Für den Fall eines Angriffs meinerseits hätte nichts näher gelegen, als eben von diesem Hund Gebrauch zu machen — der auch die Polizei als gefährlicher Beißer bekannt ist.

Unter den Tritten, unter anderem ins Gesicht und in die Hoden, verlor ich zeitweise das Bewußtsein. In einem Mannschaftswagen kam ich wieder zu mir. Ich lag dort rücklings auf dem Boden, auf meinem Hals drückte ein Polizeistiefel und andere standen mir auf dem Bauch und auf beiden Beinen. Bei dem Versuch, meine Stellung zu ändern, wurde mir mit dem Schlagstock auf die Finger geschlagen und die Stiefel traten härter zu. Nach Aussagen von Zeugen wurde ich mit Fußtritten in den Rücken bearbeitet, als man mich in das Polizeigefängnis schleppte.

Danach kann ich mich nur noch daran erinnern, daß meine Zellentür offen stand und ich **erneut zusammengeschlagen wurde, Blut floß und dann Ruhe war.** Für diesen Vorfall habe ich keine Zeugen. **Der Landtagsabgeordnete Hereth, der mich aus der Zelle holte, könnte lediglich bestätigen, daß meine Zelle mit frischem Blut verschmiert war und daß der Beamte, der mich zusammengeschlagen hatte, mir seinen Namen nicht nennen wollte.**

Die Zeugen für die von mir beschriebenen Vorfälle bitte ich, sich entweder bei mir, Manfred Knoop, Bochum, Heintzmannstraße 60, oder bei Herrn Rechtsanwalt Horst Schmidt, Bochum, Kortumstraße Nummer 91, zu melden.

Das Rauch-Urteil, **2½ Jahre Gefängnis für einfachen Widerstand,** ist mehr als ein Einschüchterungsversuch. Hier wird das Wesen der Justiz, Herrschafts- und Disziplinierungsinstrument zu sein, verdeutlicht.

Verhaltet Euch solidarisch! Was mir heute hier passiert, kann Euch morgen passieren.

Manfred Knoop
Bochum, den 27. 2. 1972
Strafanstalt Bochum-Krümmede

Wer empört sich da über Spanien?

Verhandlung: 24. 4. 72, 10 Uhr Amtsgericht, Saal 232.

150 Jahre Unterdrückung in Griechenland

Fortsetzung von Seite 5

zialismus manifestiert sich jedoch über den Rahmen einer bürgerlichen Demokratie. Aus diesem Grund wird die Zusammenarbeit mit allen Parteien, auch mit der ERE und dem König angestrebt.

2) PAK (Panhellenische Befreiungsfront), getragen vom linken Flügel der ZU unter Andreas Papandreou;

sie erstrebt ein „unabhängiges Griechenland im Rahmen der Nato" an, ein „vereinigtes Europa als dritte Weltmacht" und geht in ihrem Willen zur Wiedereinführung der „demokaratischen Freiheiten" der Regierungsbildung aus allen Parteien und der aus „freien Wahlen" gebildeten bürgerlichen Demokratie mit der PAM konform.

Alles das läuft offen auf eine Wiedereinführung der Zustände vom 20. April 1967 hinaus, die den 21. erst ermöglichten. Ein solcher „Widerstand" kann jedoch das Ziel eines „sozialistischen" Griechenlands nicht erreichen, sondern wird, wie 1936 und 1949 in einer weiteren Sackgasse enden.

Eine detaillierte Darstellung der politökonomischen und Klassenstruktur in Bezug auf einen möglichen konkreten Widerstand, soll auf dem Teach-In am 18. 4. 1972, 14 Uhr, HZO 20, zusammen mit Marios Nikolinakos und einigen Genossen aus der griechischen Widerstandsbewegung erörtert, problematisiert und ermittelt werden.

SAG

Die Chronik

22. März: 24 Polizeibeamte aus NRW, die erstmals **Spezialunterricht im „Scharfschießen in und aus allen Lagen"** erhielten, zeigen vor Pressevertretern „eine Kostprobe ihres Könnens" (WAZ).

22. März: Hamburgs Bürgermeister Schulz verkündet die Verschärfung des Kampfs gegen die „geistigen Mitläufer" der sogenannten BM-Gruppe.

☆

22. März: NRW-Landwirtschaftsminister Deneke (SPD) beklagt die enorme Verschmutzung des Rheins durch Industrieabfälle. **Er schließt die Anwendung der ohnehin unzureichenden Gesetze gegen diese Verschmutzung aus, da die Industriebetriebe dann „zumachen müßten".**

☆

23. März: CDU und SPD Berlins wehren sich energisch gegen den Vorschlag, amerikanische Subventionen für den RIAS (immerhin 11,5 Millionen DM) zu streichen.

☆

23. März: Die Darmstädter Pharmaziefirma stellt gegen die „Sozialistischen Arbeitergruppen" in Darmstadt Strafanzeige wegen „bösartiger Pogromhetze und Aufforderung zum Mord", die in einem Flugblatt geäußert worden sein sollen. Ein Kameramann des WDR, wegen kritischer Berichterstattung bekannt, durfte an der eigens inszenierten Pressekonferenz der Firma nicht teilnehmen.

23. März: Polizeiminister Genscher propagiert „Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung". Mittel unter anderem: **Etatsteigerungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz von 29,9 Mio. Mark (1969) auf 62,1 Mio. DM (1973).**

☆

24. März: Das künftige bayrische Hochschulgesetz beinhaltet ein **„detailliertes Ordnungsrecht"** (FR).

☆

26. März: Polizeiminister Genscher kündigt eine **Erweiterung des Telefonabhörgesetzes,** einer Lieblingswaffe beim Kampf gegen Linke, an.

☆

26. März: „Mit Nachdruck" wendet sich der deutsche Botschafter in Athen gegen Äußerungen von G. Grass, der die griechische Militär-Junta immerhin als faschistisch charakterisierte.

☆

27. März: Der Bundesbeauftragte gegen den Ersatzdienst, Iven (SPD), freut sich auf den Einsatz von Kriegsdienstverweigerern bei Post, Bundesbahn und anderen defizitären Unternehmen.

☆

27. März: Die Bundesregierung begrüßt die Absicht Baden-Württembergs, künftig **„Unterricht über Landesverteidigung" an den Schulen** zu erteilen.

27. März: Prof. Brückner, BM-Sympathien-Verdächtigter, wird vom niedersächsischen Kultusministerium (in SPD-Händen) von seiner Hochschulfunktion entbunden.

☆

27. März: Die Fahndung nach angeblichen BM-Mitgliedern wird auf Dänemark ausgeweitet.

☆

28. März: W. Brandt kündigt eine Danksagung für die Marshallplanhilfe an, die die BRD in die Fänge des US-Imperialismus brachte.

☆

28. März: Zitat aus der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung: „Die ungewöhnliche Grausamkeit der Tatausführung läßt darauf schließen, daß dabei Ausländer, vor allem Südländer, am Werke waren." Der unvorstellbare Zynismus dieses Satzes läßt darauf schließen, daß er von Faschisten, vor allem deutschen, formuliert wurde.

☆

29. März: Berlins Taxifahrer üben sich wieder einmal in Selbstjustiz. Einen 21jährigen, der versuchte, eine Taxifahrerin zu überfallen, **schlagen sie erst einmal zusammen,** bevor sie ihn der Polizei übergeben.

☆

31. März: Der neue BuWe-Generalinspekteur, Zimmermann, erklärt in einem „Tagesbefehl an die Truppe", die „zeitgemäße Führung" schließe das **„Durchsetzen der notwendigen Ordnung und Disziplin"** ein.

☆

31. März: Die Bundesregierung attackiert scharf die „vorsätzliche Behinderung von Lehre und Forschung" an den Unis. Von der Behinderung der Freiheit des Lernens durch reaktionäre Profs und Berufsverbote spricht sie nicht.

☆

4. April: Sechs Ersatzdienstleistende, die gegen die Versetzung eines Kollegen aus politischen Gründen mittels Streik protestieren, **werden zu sechs Wochen Haft verurteilt.**

☆

5. April: Bespitzelt wird ein Pfarrer in Rodenbach von der Kripo, weil er dazu aufrief, für Andreas Baader und Ulrike Meinhof zu beten. Frage der Polizeibeamten an Gemeindemitglieder: „Verherrlicht der Pfarrer Gewalt?"

☆

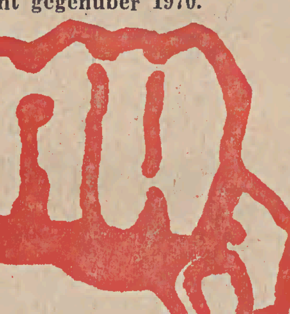
6. April: Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe erhebt Anklage gegen das Sozialistische Patientenkollektiv (SPK) wegen „Gründung und Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung". **Die Namen von acht der zehn Angeklagten werden verschwiegen,** weil man der Verteidigung keine „Angriffspunkte" wegen Nichtzustellung der Anklageschrift bieten will.

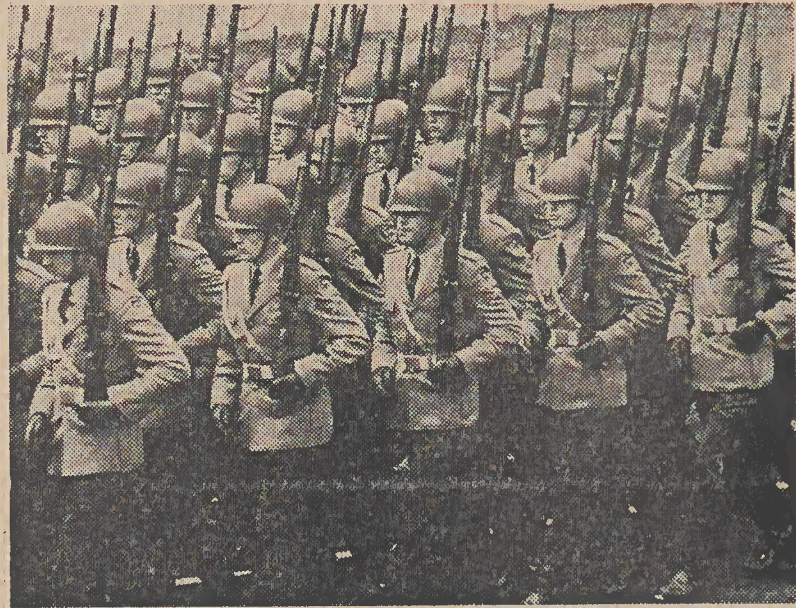
☆

10. April: Zwar „kommt die Rezession nicht" (Schiller, Brandt etc.), aber doch wieder **neue Kurzarbeit:** Diesmal **für 441 Arbeiter bei der Siemens AG,** Werk Bremen.

☆

10. April: Wie der Hauptverband der Gewerblichen Berufsgenossenschaften mitteilt, gab es 1971 **fast 3000 tödliche Arbeitsunfälle.** Das bedeutet **eine Steigerung von 10,6 Prozent gegenüber 1970.**





Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Bochum, Lennershofstraße 156
hinter der alten Mensa

SPEKTRUM
Bochum — Nordring 65 — Telefon 1 67 35

		Nichtmitgl.	Stud.
Samstag 15. 4. 72 20 Uhr	MANOLO LOHNES, Mainz Flamenco u. andalusische Zigeunermusik	6,–	5,–
Samstag 22. 4. 72 20 Uhr	HAMISH IMLACH Schottlands führender Folk-Entertainer	5,–	4,–
Samstag, 29. 4. 72 20 Uhr	GEORGE MAYCOCK TRIO, Panama Modern Swing	5,–	4,–
Samstag 20. 5. 72	EXSEPTION, OPUS, Horst Steffen Sommer Ruhrland-Halle Vorverkauf: Kunst- und Bücherscheune, Spektrum		

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE
Täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.

Projekt:
Technische Hilfe Mozambique
benötigt dringend einen
Nachrichtentechniker
und einen Maschinenbauer.
Telefon: 70 26 65
Kontaktadresse: M. Knoop
Bochum, Heintzmannstraße 60

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise für Uni-Angehörige
463 Bochum
Wittener Str. 449 · Ruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Neu:
Busfahrkarten aller Art

B S Z
Herausgeber und Verleger:
Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greeven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Anton-Lászlo Ostfalk (SHB), Hannes Sänger (SAG).
Redaktion: Bernd Holzrichter (verantw.), Harald Jung (SAG), Axel Jost (SHB); Jörg Böhnk.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 60.
Auflage 10 000 Exemplare.
Anzeigenleitung: Hajo Mulsow.
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12–16.
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.